

Erkenntlich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Kommunikationspreis monatlich 60 Pf. einschließlich Porto, Poststempel, frei im Voraus. Durch die Post bezogen 1.00 Mk. zoll. befreit.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pf.

Verantwortl. Redakteur: Expedition: Nr. 1047, Postfach 1047, Halle a. S.

Die Neue Welt

Insertionsgebühren betragen für die gewöhnliche Zeile und die gewöhnliche Zeile oder deren Raum 20 Pfennig, für besondere Anzeigen 35 Pfennig. Im reaktionären Falle kostet die Zeile 75 Pfennig.

Insertate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postverzeichnisse.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet wechtlags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde wechtlags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Proletarier an die Front!

Die konterbaltige Presse ist frampflich bemüht, einen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland wegen Marokkos zu konstruieren, und es hat allen Anschein, als ob dem Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn Ribbentrop, daran gelegen ist, die „Wohlfahrt des Kochen“ zu bringe. Vielleicht ist man in Regierungskreisen nicht genug, sich von einer „nationalen“ Debe einen Vorteil für die Wahlen zu verschreiben.

Die deutschen Kriegsheber behaupten, Frankreich wolle entgegen dem Vertrag von Algieras die Unabhängigkeit Marokkos vernichten. Demgegenüber beruft sich die französische Regierung darauf, das sie durchaus nur „das Mandat von Algieras“ ausführe.

In der Tat ist der Schlüssel zur Frage in jenem Abkommen von Algieras aus dem Jahre 1906 zu finden. Seit langer Zeit geht das Weltreich Frankreichs dahin, ein gewaltiges Kolonialreich in Nordafrika zu schaffen. Das brachte es in Konflikt mit England. Der Streit wurde nicht im wesentlichen beigelegt durch das Abkommen zwischen England und Frankreich vom Jahre 1904. Die beiden Mächte einigten sich über strittige Fragen in bezug auf Ägypten — das war die Hauptfrage für England — und Marokko, erstgenannte ihre „Interessensphären“ im Sudan, im Gebiet des Sahelbe und — einigten sich über Marokko. England versicherte, wie so oft, etwas, was ihm nicht gehörte, indem es sich verpflichtete, die Ausdehnung französischen Einflusses in Marokko der „Entente“ in Paris (frühere Durchdringung) seine Grenzen nicht zu bereiten. Frankreich verpflichtete sich zur „offenen Tür“. Mit Spanien, das in Marokko „Interessiert“ ist, da es an der Nordküste Sines besitzt, wurde eine Verständigung erzielt, indem man ihm eine „Interessensphäre“ anwies.

So weit war alles in Ordnung, als die Spitze von Tanger dazwischen kam: Wilhelm II. landete im März 1905 auf einer Begegnungstour in Tanger und hielt eine schwingvolle Rede, in der er die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Marokkos betonte. Nach einem Hin-und-Her fand dann die Konferenz in Algieras (im südlichen Spanien) statt, die zu dem Abkommen vom März 1905 führte. Darin ist von der Unabhängigkeit Marokkos die Rede, aber diese unabhängige Staat wird getrenntermaßen unter die Kolonialpolitik Frankreichs gestellt. Die inneren Wirren boten bald Gelegenheit, diese Kolonialpolitik zu einem wirren Haufen zu gestalten. Frankreich ließ die marokkanischen Stämme sich in den wütenden Kämpfen zwischen Abdul-His und Mules Hafid verbünden, nahm dann den letzten als den Sieger in seine Obhut und machte ihn zu seinem Schutzherrn. Mules Hafid war von den Wüstenstämmen unterstützt worden, weil er vorgab, gegen die Fremdberrschaft zu sein. Dieselben Stämme, die sich in ihren Hoffnungen betrogen sahen, denen Mules aufgebunden wurden, um die Zinsen der Schulden an Frankreich zu bezahlen, rebellieren jetzt gegen ihn. Er muß sich bei Frankreich bedanken, sein Herz ist unter der Führung französischer Anführer zu einem Zentrum Frankreichs geworden. Die französische Regierung versichert nach wie vor, daß sie gar nicht daran denkt, die Unabhängigkeit des Sultanats anzutasten, sie schafft nur Ordnung, sie „übt das Mandat von Algieras aus“.

Sicher ist, daß diese Ordnungsmacherei nicht so bald aufhören wird. Das liegt in den Verhältnissen. Marokko ist alles andere, nur kein geschlossener Staat, in dem irgendeine bestimmte Zentralgewalt herrscht. Die Nomadenstämme des Binnenlandes dagegen denken gar nicht daran, die Macht des Sultans zu respektieren, sobald sie ihnen un bequem wird. In den nächsten Jahren wird sich daher ununterbrochen die Gelegenheit bieten zur „Ausreißerhaltung der Ordnung“ die Konzentration Marokkos durch kriegerische Expeditionen zu unterbrechen. Jede dieser Expeditionen ist ein Mittel, die Herrschaft Frankreichs über das „unabhängige Marokko“ zu befestigen.

Auf der anderen Seite zeigt die Geschichte der Mannesmann-Konzeptionen, daß die Interessen der europäischen Kapitalisten verschiedener Gruppen alle Augenblicke aufeinander prallen können.

Unter diesen Umständen an die Selbständigkeit der deutschen Regierung zu glauben, die nur die Unabhängigkeit Marokkos zum Ziele hat, wäre naiv. Ein unabhängiges Marokko nicht den Kapitalisten gar nichts, damit sie ihnen nicht geben, solange das Land in Händen jener kriegerischen Nomaden bleibt. Deshalb bedeutet die letzte Aufregung der deutschen Kapitalistenpresse nur, daß der Appetit sich geltend macht gegen die Gelüste der französischen Regierung. Marokko erdgütig zu einer Kolonie Frankreichs zu machen, erheben sich die Gelüste der deutschen Bourgeoisie nach einer Aufteilung Marokkos.

Darin aber liegt eine immense Kriegsgefahr. Denn obwohl es nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Regierungen über den Rand einigen, ist es ebenso wahrscheinlich, daß der Streit um den Rand zu einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland führt. Da endlich nun die Frage: Was haben die Proletarier zu tun, die Proletarier Frankreichs und Deutschlands als die in erster Linie durch einen solchen Krieg bedrohten?

Die französische Partei hat Protest erhoben gegen die Eroberungsgelüste, und je mehr die Werte der deutschen Regierung es zum Konflikt treiben, klar werden, wird die deutsche Sozialdemokratie dagegen Front machen. Doch meinen wir, so schreibt die Leipziger Volkszeitung, daß es damit

nicht sein Bedenken haben soll, sondern daß ein gemeinsames demokratisches Vorgehen der deutschen und der französischen Proletarier notwendig ist.

Es möchte dies unüberzählig geheißen, es müßten unüberzählig die Vertreter der beiden Parteien sich über eine gemeinsame Aktion schifflich werden.

Die Erfahrung lehrt, daß, wenn einmal der Konflikt bereits klare Formen angenommen hat, die Dinge sich überziehen und die Völker über Nacht urplötzlich vor verhängnisvolle Entscheidungen gestellt werden können. Deshalb gilt es, bezüglichen haben wir hüben die Macht des Proletariats zu mobilisieren, um der Bourgeoisie die Lust an einem Konflikt zu entreißen.

Eine solche gemeinsame Aktion des Proletariats Frankreichs und Deutschlands ist zweifellos das wirksamste Mittel, einer Katastrophe vorzubeugen. Die Form liegt sehr leicht finden.

Der Durchpeitschungskandal.

Der Reichstag, das heißt seine aus konservativen Pustelbrennern, bayrischen Dorfkaplänen, nationalliberalen Schlotbaronen und antisemilichen Stammgästen der Dopfenblüte annuitig zusammengesetzte Mehrheit, setzte am Dienstag unbedrossen die „Arbeit“ fort, alle Anträge der Minderheit niederzutrampeeln. Bisweilen begleitete, so wird uns aus dem Reichstage berichtet, der Entschuldigungsdruck dieses sein geistreiches Geschicht mit mißdeutenden Brungen oder sonstigen Zerkühen; sein und wieder kam es sogar vor, daß er eines seiner Mitglieder etwa den ultramontanen Talmisarbeiter Feder-Arnberg oder den hamburgischen Talmiliberalen Semler vorhielt, auf daß sie zu etwas wie Verteilungen oder Rechtfertigungen der ständischen Kommissionsbeschlüsse stammeln. Die Beschlüsse über die Knappheitsklassen weitestens an reaktionärer Züde mit den Beschläßen über die Landstranfenlassen, wenn man ihnen nicht den Vergleuten die Peitsche mit derselben unerbittlichen Brutalität zeigte wie den Landarbeitern. Aus maßhaltigen Mißständen ließ sich die Mehrheit sogar herbei, den Vergewaltigen zu etwas vorzuspielen, was nach Entgegenkommen aussieht. In letzter Überstunde ist es gelungen, die Schwapskarone zu diesem Zugeständnis zu bewegen, das von wegen ihrer rheinisch-westfälischen Wohltreife die schwarzen Partner bringend nötig seien. Es war aber auch das einzige Zugeständnis.

Es war umsonst, daß Genosse Hüß, daß Gothein und Korfanth auf die Notwendigkeit hinwiesen, einen Schutzwall gegen den unerhörten Terrorismus der Berggewaltigen aufzuwerfen. In namentlichen und einfachen Abstimmungen wurde alles, alles, alles abgelehnt und in denselben Stille ging es weiter. Nach feststündiger Sitzung war man mit der Kranferveränderung fertig.

Ohne Widerspruch begann man mit dem dritten Buch, der Unfallversicherung. Die Genossen Beyerling und Mollenhuth begründeten in trefflicher Weise die Anträge unserer Fraktion auf Ausdehnung des in die Unfallversicherung einzubeziehenden Personenkreises. Vortrefflich periphetete Mollenhuth das Gemächere der „Sachverständigen“ über die „unerträgliche Belastung der deutschen Industrie“, in der man nachweis, wie wenig in der Tat diese Belastung ist. Und dann schlug der Präsident Graf Schwerin-König, der im Gegensatz zu den ordinären Durchschmittsleuten immerhin noch ein Stück allen anständigen Verhältnissen an sich hat, Verlogung vor. Aber die insinuirten durch die Kranferangelegenheiten des Dreiflassenkaufes verhärtete Mehrheit stimmte und heulte in allen Konzerten den Vorhain ihres eigenen Präsidenten nieder. Besonders die vierhundert Stimmen der Rechten und Schadschonnen machten sich in mißdeutendem Recheitsgehul vernehmbar. Und so ging es bis 1/2 Uhr.

Die am Dienstag niedergetrampelten Anträge.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch in den Knappheits-Kranfenlassen die Mitglieder aus den Unternehmern nur an der Wahl der Unternehmervereiter und die Mitglieder aus den Verarbeiteten nur an der Wahl der Verarbeiteten teilnehmen sollen. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß die Stimmzettel bei der Wahl der Arbeitervertreter von gleicher Größe und von weisem Papier sein müssen und daß die Größe der Stimmzettel vom Klassenverband bestimmt wird. Jedem Wähler soll ein Stimmzettel ausgeben werden, in welches er, ohne beobachtet werden zu können, den Stimmzettel zu stechen und es dann dem Wahlvorsteher zu überreichen hat. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß auch Knappheitsindividuen wahlberechtigt sind. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die freien Hilfsklassen sollen als Ersatzklassen nur dann zugelassen werden, wenn ihnen bereits vor dem ersten April 1909 als eingeschriebene Hilfsklasse eine Bezeichnung nach § 75 a des Kranferversicherungsgegesetzes erteilt worden ist. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch in Zukunft neue Hilfskranfenlassen als Ersatzkranfenlassen gegründet werden können. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner sollen jene freien Hilfsklassen nur dann als Ersatzklassen zugelassen werden, wenn ihnen bereits, meck als laufend Mitglieder angeschlossen. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Kirchhoff-Vergütung für die Ersatzklassen auf fünfshundert befristet werde. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Endlich dürfen jene freien Hilfsklassen nur für den vor dem 1. April 1909 durch die Satzung bestimmten Bezirk und Kreis ihrer veränderungspflichtigen Mitglieder als Ersatzklassen zugelassen werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die freien Hilfsklassen sich vermindern können und dann als Ersatzklassen für den vor dem 1. April 1909 durch die Satzung der einzelnen Kreise bestimmten Bezirk und Kreis ihrer veränderungspflichtigen Mitglieder zugelassen werden müssen. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Veränderungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzklasse sind, sind zugleich als Mitglieder der Zwangskasse, ihre Rechte und Pflichten als Mitglieder der Zwangskasse haben aber, solange sie Mitglieder der Ersatzklasse sind, wenn sie dies beantragten. Die Folge davon ist, daß sie auch keine Beiträge an die Zwangskasse zu leisten haben; dagegen soll der Unternehmer seinen Beitragsteil (also 1/2 der Beiträge) an die Zwangskasse abliefern. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß Veränderungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzklasse sind, von der Verpflichtung, einer Zwangskasse beizutreten, befreit sind. Der Unternehmer dieser Veränderungspflichtigen soll seinen Beitragsteil an die Ersatzklasse abliefern. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens die Zwangskassen die bei ihnen für die Mitglieder der Ersatzklasse eingezahlten Beitragsteile der Unternehmer zu 1/2 an die Ersatzklasse abzuführen haben. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Zum dritten Male, daß die Bestimmungen für die Gewerbe-Unfallversicherung enthält, beantragten die Sozialdemokraten, daß die Versicherungspflicht auf denselben Personenkreis ausgedehnt wird, wie bei der Kranferversicherung und überbies auf die Personen, die bei der Stellung von Personen oder Sachen verunglückt sind. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens die Veränderung auf alle kaufmännischen Betriebe, auf die gewerbetreibenden Schaustellungen und Bühnenbetriebe ausgedehnt werde. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

Als veränderungspflichtige Fabriken gelten u. a. die Betriebe, die gemeinbäufige Gegenstände bearbeiten oder verarbeiten und hierzu mindestens zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigen. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Betriebe schon dann als veränderungspflichtige Betriebe gelten sollen, wenn in ihnen mindestens drei Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden. Das wurde

abgelehnt von den Kompromißparteien.

„Selbstverwaltung.“

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kreisstimmigen hat das preussische Dreiflassenhaus am Dienstag das „Zweckverbandgesetz“ für Groß-Berlin in dritter Lesung angenommen. Gegen die Stimmen der Kreisstimmigen und Sozialdemokraten, das heißt in diesem Falle gegen die Stimmen der von dem Gesetz Betroffenen, in der Materie Sachverständigen. Die Mehrheit der Groß-Berliner Bevölkerung ist sozialdemokratisch, eine Minderheit ist freisinnig, die Parteien aber, die im Dreiflassenhaus das Zweckverbandgesetz über die Reichshauptstadt verhandeln, besitzen in Berlin nur verhältnismäßig Anhang. Berlin ist in seinem Prolet einmütig. Die Massenhausmehrheit, die ihre Existenz einem unzulässigen vor selbst wie von der Regierung grundständig preisgegebenen Wahlbüchlein verdankt, die keine Beziehungen zur großstädtischen Bevölkerung hat und keine sachlichen Kenntnisse von dem Gebiete der Berliner Kommunalverwaltung besitzt, steht über den Wortschall der Tagesordnung starr und stumm, wie die Regierung will. Das ist preussische „Selbstverwaltung“. Das heißt, die Majorität verwaltet ihre eigenen Angelegenheiten selbst und die der Städte dazu selbstverständlich, die in agrarisch-reaktionärem Interesse.

Aber das preussische Abgeordnetenhaus hat ja mit seinem Zweckverbandgesetz einen neuen „Selbstverwaltungstörper“ geschaffen. Nehen wir zu, wie er aussieht:

Der neue dreifache „Selbstverwaltungstörper“ heißt Groß-Berliner Zweckverbandssammlung und besteht aus 100 Mitgliedern. Davon entfallen 40 auf Berlin, 10 auf Charlottenburg, 8 auf Niddorf, 5 auf Spandorf, je 3 entfallen auf Wilmersdorf, Städtchen und Spandau, je 2 auf Steglitz und Bornheim-Bismarck, je 1 auf je nach kleineren Ort, je 9 auf die beiden Kreise Teltow und Niederbarnim. Die Städte wählen ihre Vertreter durch den Magistrat und die Gemeindevertretung, die beiden Landkreise durch die Kreisräte. Die Gemeindevertretungen selbst sind durch das Dreiflassenwahlrecht gewählt, die Magistrat sind in ihrer Zusammensetzung von der Beiratsung durch die Regierung abhängig, die Kreisräte werden von den Landgemeindervertretungen und den

Sch empfehle die besten **Grdbier-Butter** 1 72 Pfg. mit 5% Rab. **See-Butter** Marke A.K.H. 1 65 Pfg. mit 5% Rab. **Mollerei-Butter** 60 Pfg. mit 5% Rab. **goldfarbene Eier** 1 75 Pfg. mit 5% Rab. **Schöne Bauern-Röste** 5 u. 8 Pfg. mit 5% Rab. **Butterföhler** 40 Pfg. mit 5% Rab. **Albert Knäusel**, Schmeerstr. 21, Leipzigerstr. 73, Jägerstr. 2, Verbrüderstr. 15. **Goethestr. 9.**

500 Herren- u. Jünglings-Jacketanzüge

nur neueste Moden und Muster, verkauft zu folgenden, selten billigen Preisen.

Serie I Herren-Jacketanzug in halblangem, modernem Stoff Stück nur 8⁷⁵ Pfg.	Serie II Herren-Jacketanzug in dunklen, herrlichen Stoffen Stück nur 11⁵⁰ Pfg.	Serie III Herren-Jacketanzug in herrlichen, modischen Stoffen Stück nur 14⁵⁰ Pfg.
Serie IV Herren-Jacketanzug in 15 verschiedenen Robenfarben Stück nur 16²⁵ Pfg.	Serie V Herren-Jacketanzug extra feinste Stoffe Stück nur 18⁷⁵ Pfg.	Serie VI Herren-Jacketanzug in hell, mod. Robenfarben, 1 u. 2 Dreif. Stück nur 21²⁵ Pfg.

Bitte Schaufensteransagen zu beachten.
Trotz der enorm billigen Preise 5 Proz. Rabatt.

Ernst Renner,

14 Marktplatz 14.

Der billige Verkauf

des **Weissenbach'schen Warenlagers** und anderer Waren

Alter Markt 1 Zentrum der Stadt **Alter Markt 1**

Bücher, Kristalle, Schürzen, Unterröcke, Unterlaken, Anemiten, Herrenartikel, Zopfkerze, Erbsenpf. Invalide, beste Schokolade, Seifenartikel, Kasse, sämtliche Artikel der Damenschneider, Kurzwaren, wird fortgesetzt und bietet enorme Vorteile.

Carl Mellinghaus.

Waschleinen, 12 fädig

15 20 30 40 50 60 m lang

per Stück **80 Pf. 80 Pf. 1.25 1.55 1.95 2.35** M.

Geknüpftes, aus la hellen Bindfäden

40 50 60 m lang

per Stück **3.60 4.50 5.40** M.

Auf jede Waschleine 1 Schock Klammern gratis!
Marktaschen, Marktnetze, Bürsten, Besen, Pinsel.

Oskar Hönicke, Nicolaistr. 4.

Sind Sie gewandt?

Wir haben 10 Städtenamen ausgedrückt und deren Buchstaben umgestellt. Können Sie die Lösung finden? Versuchen Sie es bitte. Wir haben etwas für Sie, was wir Ihnen senden würden und was eine angenehme Überraschung für Sie sein dürfte. Die empfangene Lösung ist vollständig kostenlos, falls Sie uns die richtigen Städte-Namen, sowie Ihren Namen und Adresse auf einer Postkarte mitteilen. Bitte weder Briefmarken noch Geld einzulegen. Verschließen Sie die Karte nicht! Wer zuerst kommt, macht zuerst! Senden Sie Ihre Karte sofort an:

Merlot-Company, Prämienabteilung, Friedenau W. 83

Fahrräder

neu, 50, 60, 85-100 cm, groß u. 20-50 cm. **Schläuche 1.50, 2 bis 4 M.** **Mäntel 1.50, 2 bis 4 M.** **Griffe 8 s.** **Glocken 20 s.** **Reifen 1.50-4 M.** **S-Glocken 60 s.** **2000** meine großen Fortschritts- und der Billigheit und Kredit in alle. Ueberzeugung macht wahr.

Nur Fahrradhaus, Gr. Klausstr. 32.

Kaufe Papier, Bücher, Lampen, Eisen, Gummi, Metalle u. Felle.

Kern. Rein,

Halle-Giebichenstein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Papier- u. Pappnabfälle laufen jeden Vollen **St. Drausenerstr. 30.**

Kinder- und Sportwagen-Ausstellung.

Sehen Sie Ihre Wahl treffen, beinahe Sie unsere



Kinderportwagen beste Leichtbauart **350** von **30.25- bis**

Kinderwagen mod. in Ausführung **1300** von **30.60- bis**

Rastwagen hohles m. Gummi **950** **1000** **1100** **1200** **1300** **1400** **1500** **1600** **1700** **1800** **1900** **2000** **2100** **2200** **2300** **2400** **2500** **2600** **2700** **2800** **2900** **3000** **3100** **3200** **3300** **3400** **3500** **3600** **3700** **3800** **3900** **4000** **4100** **4200** **4300** **4400** **4500** **4600** **4700** **4800** **4900** **5000** **5100** **5200** **5300** **5400** **5500** **5600** **5700** **5800** **5900** **6000** **6100** **6200** **6300** **6400** **6500** **6600** **6700** **6800** **6900** **7000** **7100** **7200** **7300** **7400** **7500** **7600** **7700** **7800** **7900** **8000** **8100** **8200** **8300** **8400** **8500** **8600** **8700** **8800** **8900** **9000** **9100** **9200** **9300** **9400** **9500** **9600** **9700** **9800** **9900** **10000**

Klapp-Fahrstühle in großer Auswahl: **Garten- und Veranda-Möbel, Garten-Figuren, Blumenkästen** in weiß u. grün lackiert.

M. BÄR

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 54.

Sie sind zufrieden mit unserem

Edeka-Kaffee und Edeka-Kakao,

berufen Sie bitte auch unseren

Butter-Ersatz

Edeka-Margarine „EXTRA“ Pfd. **95 Pfg.**
Edeka-„PRIMA“ **75** „
Edeka-Pflanzenbutter-Margarine **90** „

Einkaufs-Verein der Kolonialwaren-Händler,

e. G. m. b. H., Halle a. S.

Bernhard Barth, Kleine Ulrichstraße 10.
Ludwig Barth, Leipzigerstraße 80.
Paul Einecke, Streiberstraße 25.
F. W. Fischer, Glauchaerstraße 57.
Ernst Friedel, Große Wallstraße 26.
Paul Fritzsche, Leipzigerstraße 74.
Otto Glass, Serrenstraße 5.
Oskar Häder, Dierichstraße 11.
Ferd. Hiller Nachf., Weichstraße 68.
Julius Hoffmann, Weichstraße 25/26.
Moritz Hund Nachf., Serrenstraße 10.
Friedrich Kreisel, Ludwig Wucherstraße 17.
Max Künzel, Weichstraße 50.
Bernhard Lallaoh, Schweißstraße 11a.
L. F. Mertens, Langestraße 19.
August Nauendorf, Weichstraße 131.
Max Ott, Steinweg 26.
Paul Pletsch, Weichstraße 160.
Gustav Preisser, Sophienstraße 30.
H. J. Reussner, An der Weichstraße 1.
Otto Schaaf, Weichstraße 107.
W. E. Schaaf, Weichstraße 12.
Franz Stein, Große Hansstraße 10.
Oswald Weiss, Sophienstraße 13.

Der Konkursmasse-Ausverkauf

in Malakasse, Lecithin-Kakao, Bananen-Kakao, Malzextrakt, Haferkorn, Hafermehl, Bananennuss, Bratenmasse, Macarons, Nudeln, Fruchtpasteten, Hygiene-Nährpräparate, Nährsalzen, Zitronensaft, Erdnussöl, Honig, Marmeladen, eingem. Früchten, Erbsen, Biskuits, Kaffeezusatz, diversen Gesundheitsstoffs, alkoholfreien Weinen, Würstchen, Tip-Topföhen, Seifen, Zahnbürsten, Haarwasser, Verbandwolle, Packungen, Douchen, Spritzen, Hüftenhalter, Korsetts, Frauenstrümpfen, Binden, Gummischlauch, porösen Handen und Unterhosen für Kinder, Damen u. Herren, Rosenkränze, Stumpfhalter etc. findet täglich von 9-12 und 3-6 Uhr im Laden Hallesches Reformhaus, Leipzigerstr. 20, vis-a-vis Ritter, zu bedeutend herabgesetzten Preisen statt.

Der Konkursverwalter: **Ferd. Wagner.**

Steuer-Reklamationen,

Bearbeitungen im Einzelverfahren führen zu. Hilft jeder u. ermöglicht durch J. Paulkat, Halle a. S., Stönitzstraße 65. Telefon 3912.

Pantoffelmachern

empfehlen: **Pf. Pilsch, Cord, Fester- und Schickent.**
F. Noah, Gr. Klausstr. 7.

Merseburg.

Sonntag den 21. Mai 1911 abends 8 Uhr in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“:

Großer Theater-Abend

(mit nachfolgendem Tanz)

Schauspiel, Rezitationen, Couplets u. Lustspiele, dargestellt von Mitgliedern des „Neuen Theaters“ zu Halle a. S.

Vorverkauf (30 Pfg.) in sämtlichen Konsumvereins-Filialen, bei den Gewerkschafts-Vorständen u. -Kassieren, sowie in der Zigarren-Handlung von Karl Gebhardt und im Theaterviertel.

Lichtbäder

Radium, Sauerstoff, Kohlensäure sowie Dampf- und alle anderen Bäder. Sauerstoffbäder für alle Katarrhe, Asthma usw.

Albrecht's Naturheilst.

Friedenstrasse 28. Tel. 2698.

Arbeitsmarkt

† **Tüchtige Former und Kernmacher gesucht.** †
† **Bumeld. Rich. Wagnerstr. 27. pt.**

Knechte, Burschen u. Mägde

sucht für Zünfte, Gasth., Weinhandl., Schlosser- u. Holzst., Putz- und Genuß- u. gewerkschaftliche Stellenvermittl.

Marie Louise Barwick

Merseburgerstrasse 8, I.

Möbel:

Kleiderkabinete 24 M., Vertikals 35 M., Spiegel m. gechl. Gl. 10 M., Sofas, Bettst., Matratzen, Stühle, Küchensch. Möbel billig zu verkaufen.

August Rasse, Weichstr. 31.

Friedrich Fiedler, Kohlen-Handlung

Sophienstraße 41, (Nähe Stadttheater) Telefon 3248, Telephon 3248, liefert alle Waren zu billigsten Tagespreisen.

Würmer

nebt Brut befeuchten die abführenden **Wassermelonen-Tabletten**, Schokolade als Zsg. Allein echt: **Bahnhofs-Apotheke am Bahnhof.**

Kakao

eigenes Rezept, per 90 Pfg. pr. Pfd. bis 2.50 empfindl.

Carl Boock, Breitestr. a. Markt- platz, im Turm.

Kopfläuse,

Wanzen, Flöhe vertilgt **„Diamantwasser“** Marke **F. Mann,** Bahnhofs-Apotheke, am Bahnhof

Wundlauf, Fußschweiß

Präservativ-Cream, Fussweisspulver

10 Paar 55 Pfg. empfindl.

Trogerie Max Rädler, Marktstraße 2.

Damenhüte,

Etik. 8, 6, 4 Mart. Modemitteln, wie alle Zubeh. artikel zu sehr billigen Preisen.

Schmeerstr. 5, I. u. Verbrüderstr.

Neu! Fahrräder. Neu!

Gründliche Garantie: in Preislauf und Nichtsturz **72.00** Mart. **Canas, Weichstr. 16, Merseburg.**

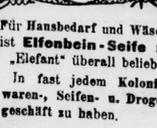
Mod. überholt. **Rindermann** bill. zu verfr. **Interplan 2, S. 1.**

Man verlange stets und laufe selbstfreie **Waldschläge**. Zu haben bei **H. Katson, Weichstr. 23.**

Jeden Donnerstag **Schlichte H.** **S. Vereinsstr. 11. Tel. 686.**

„Eifenban“ überall beliebt.

In fast jedem Kolonialwaren-, Seifen-, u. Drogen-geschäft zu haben.



Für Hausbedarf und Wäsche ist **Eifenban-Seife** mit „Eifenban“ überall beliebt. In fast jedem Kolonialwaren-, Seifen-, u. Drogen-geschäft zu haben.

Steinmetzen

für Haus- und Denkmalarbeit in dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Paul Götter & Co., Bildbauer, Halle a. S.

Tüchtige Ofensetzer

steht sofort ein

Fr. Kluge, Töpfermeister, Bitterfeld.

Junges kräftig. Mädchen,

welches Eltern die Schule verlassen hat, sucht Stellung als Kinderwärterin oder als Stütze bei Hausfrau. Best. Offerten an **Otto Hützel, Ritzsch, Giebichenstr. 41.**

Kranken-Versicherung

in Verbindung mit Unfall-, Lebensversicherung, Familien-, Dienstboten-, Zerstreuungsgesellschaften, sucht allerorts tüchtige Vertreter gegen hohe Bezüge. Auch Nichtadulente finden Berücksichtigung. Nach kurzer Probeleistung feste Anstellung.

Mittelrheinische Versicherungs-Gesellschaft Wiesbaden.

Tücht. Förderleute

wird h. hoh. Lohn-Gehänge sofort gesucht. Weile nach 4 Wochen vers. auf 5 bestellter Lagen.

Gewerksch. Steinberg (Hann.-Mun.) **Wiesbad. Betriebsführer.**

Zünftiger berufener Kernmacher

für dauernde Beschäftigung gelucht.

Frank & Scheid, Altengrün 8-A.

Hausarbeit

erb. Frauen, welche **Waldschläge** erfahren wollen. Wäsche wird geliefert. Lernen kostenfrei. Auch auswärtig. - Stundenlohn 20 bis 30 Pfg. Auskunft erteilt bereitwillig.

H. Hase, Weichstr. 25 pt.

Zum Hübener-Verzieren werden größere Kinder gelucht. **Weichstr. 10.**

Hausarbeiterinnen

sucht

S. Frenkel, Domplatz 9.

Einlegerinnen

an Ziegeln u. Schnellpresse stellt sofort ein **Drucker, Stenographin** fr. 4.

Erfinder! Kapitalist sucht sich an guten neuen Erfindungen zu beteiligen. Ausführliche Angebote unter **Act. G. 929 an Eisenstein & Vogler, Act.-Gss., Köln.**

Bür die Anzeigebestellungen: **H. H. Signal - Druck** hat **Halle**, **Gr. Ulrichstr. 54.** - **Telefon: 3912.** - **Bestellz. von 10 bis 12 Uhr.**

Der Fall Lindemann.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterkandidatur Lindemanns, ihr Aufstehen, der Wahlkampf und sein schließlicher Ausgang stellen für die Partei ein Ereignis von ganz außerordentlich großer Bedeutung dar. Wir haben sofort und immer wieder die Forderung erhoben, man möge doch endlich einmal den Bericht über die entscheidende Parteiverammlung zusammenstellen; aber das geschah nicht und geschieht nicht. Die Gesamtpartei hat aber ein Lebensinteresse daran, in bezug auf unangehörigen Vorgängen Klar zu setzen. Jetzt endlich ist dem Parteivorstand ein längerer Bericht über die Versammlung zugegangen, aus dem sehr bedeutende Dinge hervorgehen. Auch der Parteivorstand erhält einen Stuttgarter Bericht über die Wahlfreien, dessen Wesentliches wir morgen wiedergeben werden. Heute wollen wir das Samstags- und Sonntagsgeschehen, damit die Parteigenossen informiert werden. Das H. E. schreibt u. a.:

Natürlich spielen in der Oberbürgermeister-Affäre auch Streitfragen älteren Datums hinein; ja, zum guten Teil ist sie veranlaßt durch das Ringen zweier „Richtungen“, deren eine hauptsächlich repräsentiert durch die örtliche Parteileitung, sich genau an den Geist der Parteitagbeschlüsse, insbesondere des Hochbürgerers, hält, während die andere, bei der u. a. einzelne Gewerkschaftler eine Rolle spielen, im allgemeinen auf Seiten der Parteileitung und „Hochbürger“, man mag die Spitze findet diese Richtung in dem Herrn, dem Reichrat'sch des Hohen Jafob; auch Lindemann, der bekanntlich im Gegenseitigen zu den andern „Hochgängern“ öffentlich erklärte, nach wie vor in der Friedrichshofener Frühlingsgesellschaft seinen Verhalt gegen die Parteileitung sehen zu können, gehört dazu. Eine Verschärfung ergibt die Situation noch durch das Verhalten der sozialdemokratischen Ratiaufstaltung, deren Beschlüsse mitunter den Widerspruch der Genossen herausfordern mußten. Wenn man sich erinnert, daß vor einigen Jahren ein (unvollständig verkörpert) sozialdemokratischer Stadtrat eine Kandidatur für die beim Streit in der bekannten Art „kühn“ gemachten Vorkämpfer Bewilligung und das damit „gegründete“, die Parteileitung im Hinblick auf die Überwindung gemacht und jede Ergebenheit wieder bekräftigt worden, so wird man gewiss nicht finden, daß die Stuttgarter Genossen zur scharfen Aufmerksamkeit allen Anlaß zu haben glauben. Als nun auch eines dieses Ratiaufstaltung dafür stimmte, daß ein durchaus reaktionärer besetzter Stadtrat auf weitere zehn Jahre im Amt bleiben sollte, machte sich der Unwille der Parteigenossen in drei großen Versammlungen am 1., 3. und 6. Februar Luft. Die Diskussionen fanden ihren Abschluß durch Annahme einer von der Parteileitung verfaßten Resolution, die jetzt wiederum bei der Oberbürgermeister-Affäre mitspielt. Sie lautet:

Die kommenden Kämpfe auf kommunalpolitischem Gebiet erfordern ein entschlossenes Zusammenarbeiten der Ratiaufstaltung mit der Stuttgarter Parteigenossenschaft und Parteileitung. Die Stuttgarter Genossen erwarten daher, daß die Ratiaufstaltung in Zukunft bei wichtigen Beschlußfassungen, soweit es möglich ist, den Willen der Parteigenossen vorher einholt.

Im den kommunalen Angelegenheiten in der Öffentlichkeit ein größeres Interesse zu sichern, verlangen die Stuttgarter Genossen, daß unsere Fraktion mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die jetzt auf dem Rathaus geübte Praxis der geheimen Verhandlungen bekämpft.

Um der Kritik und den Mißverständnissen der Parteigenossen in lokalen Angelegenheiten die notwendige Freiheit zu sichern, verlangen die Genossen, daß die Schwäbische Tagwacht für eine Unbeeinträchtigung der Diskussion oder Kritik vorzuziehen. Wenn die Schwäbische Tagwacht auch das Organ der Sozialdemokraten Wirksamkeit ist, so kann das noch nie und nimmer dahin ausgelegt werden, daß die Stuttgarter Genossen in der selbständigen Behandlung ihrer lokalen Angelegenheiten behindert werden.

Am ersten April dieses Jahres legte der selbige Oberbürgermeister ein Gesuch ein, welches, bei mit sozialdemokratischer Hilfe gemäß, war, sein Amt nieder. Es hatte also die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters stattgefunden. Da die Sozialdemokratie mit 42 Prozent der Gemeindevähler die stärkste Partei ist, wurde sehr bald die Frage aufgeworfen, welche Stellung sie einnehmen werde. Von bürgerlicher Seite wurde sofort Dr. Lindemann als sozialdemokratischer Kandidat genannt. Aber erst später nahm die Partei Stellung; Mitte März wurde in einer Sitzung der Parteileitung vorgeschlagen, Schritte zu tun, um eine Entscheidung über die eventuelle Aufstellung eines eigenen Kandidaten herbeizuführen; aber die Sache wurde verschoben, damit nicht, wie von einer Seite angeführt wurde, die äußerlich unruhigen Genossen zusammengetrieben würden. Die so gewählte Zeit brachten nur einige Leute, um für die Lösung der Frage in ihrem Sinne Stimmung zu machen.

Am 28. April beschloß eine Versammlung der Vertrauensmänner (Bezugsführer) die folgende Resolution:

Die Vertrauensmänner-Versammlung spricht sich für eine eigene Parteikandidatur aus. Unter der Voraussetzung, daß der Kandidat für die jeden Gewählten geltenden Parteitag- und Organisationsbeschlüsse grundsätzlicher Art auch für sich als bindend erachtet, spricht sich die Versammlung weiterhin für die Kandidatur des Genossen Dr. Lindemann aus. Sie beauftragt die Parteileitung, die Verhandlungen mit dem Genossen Lindemann sofort aufzunehmen.

Wemert ist, daß in dieser Sitzung Lindemann nicht zugegen war, obwohl man ihn eingeladen hatte. In einer Sitzung der Parteileitung mit dem Bezirksführern am 2. Mai gab Lindemann als Antwort auf die ihm vorher übermittelte Resolution der Vertrauensleute die Erklärung ab, daß er diese Entscheidung nicht anerkennen könne; er verlangte wolle Freiheit für seine Person. Der Oberbürgermeister sei Wemert; er unterbreite sich von einem Abgeordneten nicht öffentlich; letztere können sich nach den Beschlüssen richten, sich ihnen unterordnen, ein Beamter oder nicht, weil er sich im Rahmen der Gesetze und der bestehenden Verhältnisse bewegen müsse. Darauf beschloß die Sitzung gegen wenige Stimmen, der Parteiverammlung die Kandidatur Lindemanns nicht in Vorschlag zu bringen.

Wemert ist, daß auch Schmidt, der nachherige ständige Förderer der Lindemannschen Kandidatur, sich in der

Sitzung „unter diesen Umständen“ ebenfalls dagegen aussprach und empfahl, für einen baldigen Parteitagungsbekanntmachung zu stimmen; er habe vor einiger Zeit auch schon mit Konrad Baumann (dem bekannten Parteileiter) darüber gesprochen.

Am Donnerstag, 4. Mai, kam nun die Parteiverammlung von Groß-Stuttgart, deren Ergebnis, nicht aber der Verhandlungen die Schwäbische Tagwacht mitteilte. Zur Verteilung der Sachlage ist aber gerade die Kenntnis des Verlaufs der Versammlung wichtig, und darum teilen wir einen uns sofort ausgegangenen summarischen Bericht heute mit:

Der Beschlusse des Gewerkschaftsausschusses war überfüllt. Die Versammlung trat auch äußerlich in andere Gespräche, als die sonstigen Parteiverfassungen Stuttgarter; eine erhebliche Anzahl Besucher sah man bis dahin selten oder gar nicht.

Genosse Wemert erregte im Auftrage der Parteileitung die von der Vertrauensmänner-Versammlung beschlossene Resolution. (Siehe oben.) Die Partei hefte vor einer äußerst wichtigen, aber nicht minder folgenschweren Entscheidung. Es sei in Deutschland das erste Mal, daß eine Frage, wie die heute abend zur Beratung stehende, auf die Partei heranziehe. Die Entscheidung werde ihre Kreise weit über Stuttgart hinaus ziehen. Der Einfluß eines Oberbürgermeisters in einer Kommune wie Stuttgart sei unerkennbar; größer aber sei noch der Einfluß einer festgelegten Organisation, deren einzelne Glieder Disziplin halten. Unsere Stärke liege weniger in der Zahl der Mandate, als in dem Geist, der unsere Organisationen beherrscht. Die Sozialdemokratie sei ein mächtiger Faktor, das sei nirgends, auch nicht in der Gemeinde, ausgeschlossen werden könne, auch wenn sie kein Mandat besäße. Voraussetzung einer eigenen Kandidatur sei die Anerkennung der Parteitagbeschlüsse und der Organisationsbeschlüsse grundsätzlicher Art. Das gelte für jeden Genossen, folglich auch für den, der für einen solchen Posten kandidieren wolle. Es darf niemand in eine Situation gebracht werden, die ihn zwingt, gegen seine Überzeugung zu handeln.

Wer eine solche Handlung begeht, sündigt gegen die Grundsätze, anderer Parteimitarbeiter im Geiste. Es sei gefragt worden, wenn Genosse Lindemann nicht bekräftigt, falls nicht möglich, werden, ob die Regierung es wagt, einer Partei, die bei der Gemeindevahl im vergangenen Herbst über 42 Prozent der Stimmen aufbrachte, so entgegenzutreten, möge ruhig der Zukunft überlassen bleiben. Reine sei die Bestätigung ab, dann würde sie damit nur aufs neue beweisen, daß sie dieselbe Organ des Klassenstaats ist, wie die Regierungen Preußens, Sachsens usw. Für die Handlungen Lindemanns trage die Partei die Verantwortung; er mag tun, was er will, man wird stets sagen: So handelt der Sozialdemokrat. Daraus ergibt sich auch die Stellung zu den hiesigen Dingen. Ein Posten, wie der des Oberbürgermeisters, kann aus einer Quelle der Kraft zu einer Partei, die es für sich die Partei werden. Wenn die von den Vertrauensleuten geforderte Verpflichtung nicht erfüllt werden kann, wenn Lindemann keine neue, unabweisliche Erklärung abgibt, dann schlage die Parteileitung vor, unter solchen Umständen von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und für einen Bürgerlichen zu stimmen, der sich auf unsere kommunalpolitischen Forderungen verpflichtet.

Auf Vorschlag Wemerts erhielt nun Genosse Lindemann sofort das Wort. Die Resolution enthalte zwei Voraussetzungen, einmal die Anerkennung der Parteitagbeschlüsse und zum andern die Anerkennung der grundsätzlichen Organisationsbeschlüsse. Die ersten erkenne er für sich als bindend an, bei den letzteren sei es nicht der Fall. Ein Oberbürgermeister könne doch z. B. nicht einen Grundbesitzerrecht der Partei zur Beratung und Beschlußfassung unterbreiten, wenn sich bei es mit der hier so wichtigen Frage der Wasserwerk- und der Erhaltung der erforderlichen Quellen um. Ein Oberbürgermeister müsse selbständig sein, er habe die Beschlüsse der Gemeindeversammlung auszuführen, nehme also eine ganz andere Stellung ein als ein Abgeordneter. Er könne nicht einzelnen Teilen der Bevölkerung, sondern nur der Gesamtheit Rechnung tragen; darum sei es unmöglich, auch nur die grundsätzlichen Beschlüsse der Parteiverammlung als Oberbürgermeister zu halten. Aber das Verhältnis zum hiesigen Gemeindevahl, da ihm sein Parteitagbeschlüsse bekannt sei, der es einem Oberbürgermeister bezweifle, auf Ruhe zu gehen. Der Witz sei ebenfalls durch die Verhandlung angedeutet, daß die Parteileitung, welche heute seinen Fortschritt, die sich nicht gegenständig aufstellen könnten. Ein Oberbürgermeister könne nicht judizieren, wenn er nicht mit dem Hofe verkehre; denn die Stellung des Königs sei von tieferer Bedeutung. Wolle man den Verkehr mit der Krone aufheben, dann Wemert sein ehelicher Parteigenosse die Kandidatur übernehmen. Er erkläre also, daß die Parteitagbeschlüsse, soweit sie ihm bekannt sind, kein Hindernis bilden für die Annahme einer Kandidatur, daß eine genaue Prüfung der Organisationsbeschlüsse ihm aber gezeigt habe, daß mit ihnen die Ausübung des Postens als Oberbürgermeister unmöglich sei, da er weder Recht in der Beschaffung der Mandate, noch in dem, was ihm auch in dem amtlichen Verkehr mit der Krone als Vorbedingung für die Ausübung seines Amtes betraute. Wenn man Jahresrechnung wissenschaftlich das kommunale Gebiet bearbeitet habe, dann verlode immer die praktische Durchführung.

War bisher die Versammlung ruhig, hatte sie selbst den gewagtesten Behauptungen Vorschlag gegeben, so änderte sich das Bild mit einem Schlag, als Wemert er entgegenete. Es entstand ein Lärm, den selbst eine Glocke von der Größe, wie sie auf den Parteitag gebraucht wird, nicht zu durchdringen vermochte. Wie berichtet wird, war der Tumult an dem Tische am höchsten, wo Wemert des Wemert'schen Beizehrer erbandes, herunter zu kommen. Ein Wemert er entgegnete Lindemann, daß der Anlauf tragendes alten Kaufes oder eines Grundbesitzes über der Mähren zu einer Verletzung doch wohl kaum als Fragen grundsätzlicher Art betrachtet werden könnten; sie berührten die Parteiverammlung wirklich nicht. Lindemann sagte, er trage bei seiner Wahl die Verantwortung für seine Handlungen; die Verantwortung trage aber die Partei, durch die er erst die Stellung erlangen könne und deren Mitglied er sei. (Heftige Lärme und Widerspruch.) Auch hier ständen sich zwei Gewalten gegenüber: die bürgerliche Gesellschaft und die

Sozialdemokratie. Ein roter Oberbürgermeister ist nicht, wenn ihm nicht die Partei erst die Macht verleiht. Einen Kandidaten aufzustellen, der nicht einmal die grundsätzlichen Organisationsbeschlüsse anerkennen will, ist unmöglich.

Schmann führte aus: Wenn die Partei nicht die Möglichkeit hat, im Rahmen der bestehenden Gesetze zu arbeiten, dann müssen wir auf die Kandidatur verzichten; dann müssen wir aber auch den Witz unseres Programms: Wähl der Beamten durch das Volk, streichen. Wenn die Reichsversicherungsordnung durchginge und es würde von unseren Genossen in den Krankenhäusern der Erwerb für die Unarbeits geordnet, würden wir keinen belangen, der diesen Gedankens. Das muß, auch für die Gemeinden gelten. Der Posten gibt eine Bestätigung, er ist etwas anderes als ein Abgeordnetensmandat; dessen sollte sich auch die Stuttgarter Parteileitung bewußt sein. Wir dürfen nicht bloß regieren, wir müssen auch praktisch arbeiten; das will Regierensgenosse werden, darf uns nicht generieren. Lindemann müsse radikallos Vertrauen entgegengebracht werden.

Ein Genosse wies auf die Zustände hin, die durch den Ministerialismus in Frankreich hervorgerufen wurden. Er wurde da um angehört und es über den durch stürmische Schlussätze unterbrochen.

Dann wurde die Resolution der Parteileitung mit 380 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Einanwendung wurde folgende Resolution mit 451 gegen 115 Stimmen:

Die Parteiverammlung hat nach der bisherigen Wirksamkeit des Genossen Dr. Lindemann und insbesondere auch nach seinen heutigen Erklärungen, zu ihm das Vertrauen, daß er stets im Sinne unserer Bestrebungen und Forderungen tätig sein wird. Die Partei stellt ihm daher als Kandidat für die bevorstehende Stadtwahlvorbereitung auf und wird mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie für ihn eintreten.

Wie man sieht, ist sich die Parteileitung von Stuttgart angefangen die Haltung Lindemanns und seiner Freunde der Gefahr bewußt geworden, die darin liegt, einen in der bürgerlichen Welt mit großer Wichtigkeit behandelten Posten zu besetzen, wenn der Aspirant erklären muß, daß an die Beschlüsse der Parteiverammlung nicht binden zu können. Und hierin, das muß zugestanden werden, Dr. Lindemann durchaus recht; nämlich, wenn man die Aufgaben des Oberbürgermeisters so auffaßt, wie sie von der bürgerlichen Verwaltung ausgebildet worden sind. Mehrigen könnte ein einziger an den Dingen nichts Wesentliches ändern, selbst wenn allerhöchsten Willen nicht. Vielleicht vermochte er durch überlegene Klugheit dann und wann einen kleinen Erfolg zu erlangen, vermochte diese oder jene geringe Verbesserung durchzuführen, aber Reformpolitik großen Stils — selbst wenn diese immer noch ganz im Rahmen des bürgerlich-kapitalistischen Systems läge — könnte er nicht treiben; denn er bliebe ja immer abhängig von der Bourgeoisie, die die Beschlüsse der Parteiverammlung nicht anerkennen würde. Auf die Sozialdemokratie würde der Schein fallen, sie vermöge nicht gründlich zu reformieren und zu bessern; denn der von ihr als ihr Mitglied, Genosse hätte nach außen hin immer als ihr Kandidat, der die Parteiverwaltung, als ihr ausführendes Organ, selbst wenn ihm, was in der Resolution der Stuttgarter Parteiverammlung liegt, der Urlaubspass für die Dauer seines Amtes ausgestellt worden wäre. In der Tat würde der Witz des Postens, wie Wemert sagte, aus einer Quelle der Kraft eine Quelle des Schadens sein. Besser wäre es allerdings gewesen, die Parteileitung hätte, ohne sich mit ihrer Resolution loszulassen, eine Warnungstafel aufzurichten, gleich rühmlich erklärt, daß sie gegen Aufstellung eines eigenen Kandidaten sei, einfach des wegen, weil die amnestisch von dem Amt ausgehende Macht nur sich einbar sei, weil ferner die wirtschaftliche Macht bei dem in der Mehrheit bürgerlich-kapitalistischem Stimmengut liege, und schließlich, weil auf die Partei die Verantwortung fallen würde für alle Fehlschritte eines Mannes, den sie selbst in eine solche Stellung gebracht hätte.

Nun ist allerdings, wenn man die vorhin geschichteten Stuttgarter Vorgänge und Verhältnisse betrachtet, klar, daß auch eine solche unvermeidliche Ablehnung einer Parteikandidatur nicht die Billigung der Versammlung gefunden hätte, daß viele mehr trotz allem und allem die Kandidatur Lindemann aufgestellt worden wäre. Dafür war eben vorgearbeitet.

Für die einzelnen Parteimitarbeiter der „praktischen Arbeit“ (manche von ihnen lassen es allerdings bei der Parteiverwaltung) und Oberbürgermeister, die sich nicht gegenständig aufstellen könnten, ist es nämlich nachdrücklich Gemohnheit geworden, jedes Pöbelchen und Kramchen, das erreichbar ist, als unabweisbar wichtig anzusehen; für die Gelegenheit zur „praktischen Arbeit“, kann man sich, meinen sie, die Parteigrundlage, den sozialistischen Gedanken zurückziehen. Was die Propaganda des „praktischen Arbeit“ angeht, mehr und mehr der bürgerlichen Welt sich anpassen — das macht nicht, es gibt oben Ananastiler der „praktischen Arbeit“ um der „praktischen Arbeit“ willen, eines weiteren Ziel. Ganz unabweisbar hat diese Gedankenentwicklung bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl eine große, sehr große Rolle gespielt. Wir denken dabei weniger an den Kandidaten Dr. Lindemann selbst, als an die in ihm stützenden Wähler jene Zusammenkunft der Versammlung herbeizuführen.

Viel, sehr viel wäre über die Dinge noch zu sagen. So z. B. läßt sich ganz sinnesmäßig zeigen, wie das Ebengleich von „praktischen Arbeit“ so ausgelegt wurde, daß der Sozialismus fast ganz ausgeschlossen wird. Die Wähler des Kandidaten wie die Wahllokale und Wahllokale enthalten kaum etwas, was nicht aus einem bürgerlicher, einigermaßen mit der Zeit fortgeschrittener Kommunalpolitiker untergeschrieben könnte. Die „Anpassung“ an bürgerliche Geselligkeiten zeigte sich sogar in eigentlich humoristischer Weise in den Worten mit denen Lindemann seine große Sprache vor den versammelten Wählern einleitete:

„Nunmehr einiges über meine Person. Man redet von mir als dem Ausländer, dem Hannoveraner. Ich würde es gewiß nicht als eine Schande ansehen, Hannoveraner zu sein, aber ich muß mich doch dagegen wehren. Zwar komme ich nicht viel weiter her, sogar aus Straßeln, aber ich komme doch von Stuttgarter Wählern ab. Mein Vater war allerdings nur ein Norddeutscher, der das Stuttgarter Bürgerrecht erwarb, um eine Stuttgarterin zur Frau zu nehmen, mit der er dann über das große Wasser nach Württemberg zog, wie so

biele feiner Landscute. Meine Mutter aber stammt aus einem alten Stuttgarter Geschlecht und schon mein Urgroßvater sah als Stadtrat auf dem Stuttgarter Rathaus. Die Verbindung mit diesem ist also schon alt...

Aber wir wollen die absonderlichen und mitunter für einen Sozialdemokraten höchst betrieblenden Einzelheiten dieser Wahlkampagne nicht weiter anführen oder erörtern. Wir wollen nur betonen, daß die Stuttgarter Ereignisse uns eine Lehre sein sollen!

Sie sehen nicht an, zu erklären, daß wir die Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten als einen schweren Fehler der Stuttgarter Parteiversammlung betrachten, um so schwerer, als der Kandidat, wie er ehrlichweise fundab, sich auf Einhaltung der Organisations- (d. h. der Partei-) Beschlüsse nicht verpflichten wollte.

Das Drum und Dran der Oberbürgermeisterkandidatur hat gezeigt, wie leicht Fehlgriffe gemacht werden können, wenn man das Augenmerk für die Bedeutung der sogenannten Mitarbeit verliert. Wir sind so ausführlich auf die Dinge eingegangen, weil sich hier an einem so wichtigen Fallbeispiel zeigt, wie die unangenehmen „Fälle“, die in den letzten Jahren nur allzu sehr unter Parteimitgliedern und unter Parteimitgliedern entstehen. Übermäßiger Betätigungsdrang nach der einen Seite hin, allzu große Nachgiebigkeit auf der andern Seite — und plötzlich ist wieder ein „Fall“ da.

Dah Untermann nicht gewählt werden ist, schürt uns vor unangenehmen späteren Konsequenzen des Stuttgarter Versammlungsbeschlusses. Aber eine Warnung und Mahnung soll die Affäre der Stadtschultheißenkandidatur doch sein.

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung. Dienstag, den 16. Mai 1911, vormittags 11 Uhr. Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt beim Abschnitt **Knappschaftliche Krankenversicherungen** (§ 521—527), über welche die Beratung verbunden wird. Nach § 521 müssen diese Krankenstellen den Mitgliedern mindestens die Stagesleistungen der Ortskrankenkassen zuzählen; nach § 527 bleiben, soweit dies Gesetz nichts anderes vorschreibt, landesgesetzliche Vorschriften über die Knappschaftsvereine und Knappschaftskassen unberührt. Die Kommission hat einen § 522 a eingefügt, wonach die Knappschaftskassen sowie die sonstigen Vertreter der Versicherten im Vorstand der Knappschaftskassen und Vereine in geheimer Wahl zu wählen sind, wobei Verhältniswahl zulässig ist. Ein Antrag Albrecht (Soz.) will hier Bestimmungen zur Sicherung des Wahlgheimnisses in gleicher Weise wie bei der Reichstagswahl einführen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt die Volkspartei, daß als Vertreter nur Versicherte wählbar sind. Ein Kompromißantrag Schults will für die Wahlen zur Generalversammlung und zum Vorstande auch die Wahl von Knappschaftsmitgliedern zulassen, wenn sie Beiträge zur Kasse zahlen. Die Sozialdemokraten beantragen, alle Knappschaftsmitglieder für wählbar zu erklären, und zwar für alle Knappschaftskassen, eventl. den Antrag Schults so zu amendieren, daß die Anwalten wählbar sind, wenn sie freiwillig Beiträge zahlen, auch ohne auf einem Werke beschäftigt zu sein.

Durch den bereits angenommenen § 186 ist die Bezeichnung der noch oberhalb beschriebenen Satzbestimmungen von der Bezeichnungspflicht ausgeschlossen. Die Kommission hat einen § 522 a eingefügt, der diese Bezeichnung von einer gesonderten Gruppenabstimmung im Vorstand abhängig macht. Von dem Abg.

Albrecht (Soz.) sind eine Reihe Anträge noch gestellt, die über die Kommissionsvorlage hinaus eine Reihe von Bestimmungen für die anderen Stellenarten, insbesondere für die Ortskrankenkassen, auch auf die Knappschaftskassen anwenden sollen. So sollen die Mitglieder nur an der Wahl der Betriebsleiter teilnehmen, nicht auch an der der Vertreter der Versicherten. Die für die Betriebskrankenkasse geltende Beschränkung der Befugnisse der Arbeitgeber soll auch bei den Knappschaftskassen eingeführt werden.

Abg. Dué (Soz.):

Bei der Versicherungsordnung hätten namentlich die Herren vom Zentrum zeigen können, ob es ihnen mit dem wiederholt geäußerten Wunsch auf eine

rechtsgleiche Regelung des Knappschaftswesens ernst ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sehen aber, daß es bei der landesgesetzlichen Regelung der Knappschaftskassen bleiben soll. Das widerspricht den wiederholt gegebenen Versprechungen des Zentrums und wird auch in der katholischen Arbeiterzeitung „Stimmen und Verwunderung“ erregt. Sie werden ja unsere Anträge ablehnen, auch diejenigen, die eine finanzielle Belastung mit sich bringen; trotzdem haben wir Sie geteilt, um wenigstens nach außen

zu zeigen, welche Parteien den Versprechungen auch die Tat folgen lassen wollen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Unsere Anträge verlangen im § 522 a die Beugnahme auf eine ganze Reihe von Vorschriften, die an sich recht unzulänglich sind. Wenn wir sie trotzdem hineinbringen wollen, so können Sie erkennen, wie falsch es jetzt noch mit dem Knappschaftswesen bestellt ist. Der § 522 a soll eine Sicherung gegen die Ausschließung der Vergewaltigten geben. Wie will denn die Regierung diesen Paragraphen durchführen, und wie sieht es mit den gegenwärtig von der Versicherung betroffenen Bergarbeitern. Können diese einen neuen Antrag auf Verweisung stellen oder bleibt ihr Verbleiben unberührt? Wie sieht es ferner mit dem Schutze der Arbeiter in den Süden und Balmereien? Auch da sind jetzt dieselben Mängel aufgetreten wie bei den Bergarbeitern. Der Reichstatter behauptete, der von der Kommission angenommene Antrag Westphal sei nicht auf Reichsweite gegen die Arbeiter, sondern aus Rücksicht auf die Kompetenzen der Landesregierung gestellt. Mit solchen Redensarten sollte man sich nicht noch nicht kommen. Nehmen denn die preussischen Konventionen Rücksicht auf die Kompetenzen des Reichstages? Entschieden für den Antrag Westphal war nicht mehr die Ermahnung, daß, so schwer die Reichstagsmehrheit sich auch an den Arbeitern veründigt, er sich doch auf die Arbeiterfreundlichkeit des preussischen Landtages noch mehr verlassen kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Früher hat auch das Zentrum die Reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens gerade aus dem Grunde verlangt, weil es kein Vertrauen zu dem aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangenen preussischen Landtag habe. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wir glauben nicht, daß der preussische Landtag zu einer sozialen fortgeschrittenen Gesetzgebung fähig ist, führte der Redner des Zentrums aus, und Sehr richtig! erheute aus den Reihen des Zentrums. Heute aber ist das Zentrum von rückwärtigen preussischen Verwaltungsbehörden befehlet und macht alles mit, was Herr Westphal wünscht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Von einer Parität in den Knappschaftskassen ist gar keine Rede. Als Arbeitervertreter fungierten zum Teil W e r s b e c m e r e und zum Teil Arbeiter, die unter

dem Einflusse des kapitalistischen Terrorismus stehen. Sie haben irgend einen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus nicht nachweisen können; wäre aber auch alles wahr, was Sie darüber gesagt haben, so wäre es doch Minderheit gegen das, was mit Wissen und unter der Duldung der Behörden an Verewaltigung der Arbeitervertreter in den Knappschaftskassen geschieht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Erst in den letzten Jahren ist die Gleichheit der Beiträge in das Gesetz gekommen, früher konnten die Beiträge der Unternehmer

bis auf 25 Prozent heruntergehen, und trotzdem wurde kein einziger wirklicher Arbeitervertreter in den Vorstand hineingelassen und die Regierung hat dem allem ruhig zugehört. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es gehört

einige große Vorhinein dazu, angeichts der himmelsstreichenden Verewaltigung der Arbeiter in den Knappschaftskassen von sozialdemokratischem Terrorismus zu reden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In dem Kreise des Herrn Redners befindet sich eine Knappschaftskasse, in deren Vorstand in dem halben Jahrhundert von 1857 bis 1907 nicht ein einziger Arbeitervertreter gewählt hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ebenso ist es an vielen Orten in Westfalen, in Oberhessen, die Regierung aber rührte keinen Finger gegen diese ätzenden Mißstände. Das Zentrum mag sich erinnern, wie unger feinerer Mollate Johann Fuhangel in der Reichstäglichen Zeitung in Potsdam über diese Verhältnisse schrieb. „Die Knappschaftsmitglieder fühlen sich in flauschiger Abhängigkeit von den Arbeitgebern“, hieß es, und genau so ist es heute noch. Die Rednerbeize, die sich Nationalliberal nennen, würden sich besser freionterwaltig nennen oder noch besser direkt neben Herrn Westphal Platz nehmen. Die Herren, die hier über sozialdemokratischen Terrorismus gellacht haben, wissen recht gut, daß der § 522 a in seiner Weise genügt, die Arbeiter zu schützen. Selbst da, wo wirkliche Arbeitervertreter nicht werden feine verewaltigt. Wir verlangen Bestimmungen, Sicherung des Wahlgheimnisses. Wer hier lange Reden über den sozialdemokratischen Terrorismus hält, mag die Anträge doch eigentlich annehmen, um die Arbeiter vor unferem angeblichen Terror zu schützen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die Wählbarkeit der Knappschaftsmitglieder, die ohne Furcht vor Nachregelungen die Interessen der Arbeiter vertreten können. Früher hat auch das Zentrum die Wählbarkeit der Bergarbeitern für notwendig erklärt. Jetzt wird es wohl den Antrag Schults unterliegen, der aber nur eine Klusche ist und die Arbeiter täuschen soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er betrifft nur diejenigen Anwaltden, die auf dem Werke noch beschäftigt sind und daher der Nachregelung ebenfalls unterliegen. Unter dem Terrorismus der Rednerbeize haben auch die Bergze zu leiden. Nicht die Lügheit eines Krates unterscheidet, sondern der Umstand,

ob er mit den Rednerbeizern verknüpft und verewaltigt ist. Ich erinnere das Zentrum an die berühmten Lehnen- und Krämerprozesse, an den Bergat Müller und seine Kasse, an den Wert von den schwarzen Wühlern. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Gesellschaft will das Zentrum jetzt neue Verwaltungsbefugnisse einräumen. Den Standpunkt der Herren Westphal, Hausmann und Trimborn kann man ja begreifen.

Sie gehören der bestehenden Klasse an und treten für die Interessen der bestehenden Klassen ein. Wenn aber Herr Redner, ein Mann aus dem Werte, der die Verewaltigungspraxis der Rednerbeize kennt, hier solche Reden hält, dann kann man nur sagen: Arme, behauerwerte Arbeiter, die solche Leute hierher schicken! (Weißal! b. d. Soz.) Graf Westphal wird niemals gegen eine Klassengesellschaft zu wählen, wie Herr Redner gegen die Interessen der Arbeiter. (Hört, b. d. Soz.) Herr Redner hat uns aufgefördert, ihm auch nur einen Fall zu nennen, in dem ein arbeitsfähiger Arbeiter bei einer sozialdemokratischen Klasse anstellt worden sei. Nun, gleich nach der Rede des Herrn Redner habe ich aus Sattlingen einen Brief bekommen, in dem mir mitgeteilt wird, daß die sozialdemokratischen Stassenvertreter das Mitglied eines katholischen Gesellenvereines deshalb gewählt haben, weil es krank war und keinen Beruf nicht mehr nachgehen konnte. Das ist wahr kameradschaftliche Gesinnung, und das ist echt christlich abendelt. (Weißal! b. d. Soz.) Solche Fälle können ich zu Tausenden aufzählen. Die Behauptung, daß Parteifreunde von mir nur solche Anträge auf Unterwerfung weitergegeben hätten, die von Versicherten gleicher Gesinnung herührten, ist eine unzutreffende Verewaltung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In Duisburg ist zuweilen nachgewiesen worden, daß ein christliches Ausdehnungsglied erst dann Anträge auf Unterwerfung

nur
Leipzigerstr.
3
neben dem
Rathaus.
Gegründet
1868.



Oehlschläger
ges. eingetragene Schutzmarke.

Vornehme Eleganz
Solideste Ausführung
Hervorragende Passform
Grösste Preiswürdigkeit

haben der Marke „Oehlschläger“ ihre Beliebtheit errungen.

nur
Leipzigerstr.
3
neben dem
Rathaus.
Gegründet
1868.

Friedrich Oehlschläger.

gestellt hat, wenn ihm die Kranken Vergleiche Geld dafür gegeben hätten. (Hört, hört! b. d. Soa.) So könnte ich für jeden Fall, der uns vorgeworfen wird, der Gegenseite aus dem Geldbeutel Dutzende von Pfennigen vorkassieren. Trotz aller dieser Reden der christlichen Arbeiterinnen, die heute hier sind, habe ich immer in den Anknüpfungspunkten zu einer Verständigung unter den Arbeiterinnen kommen werden, denn nur auf Grund einer solchen Verständigung wird es möglich sein, im Interesse der Arbeiterinnen zu handeln. Unsere Anträge werden ja höchstwahrscheinlich abgelehnt werden. Die Anträge werden aber immer noch, das ist die Hauptsache, auf lange Zeit der preussischen Verwaltung und dem Sozialpolitik überliefert. Sollen nicht stimmen die Änderungen des Reichsversicherungsrechts weniger für unsere Anträge, denn es handelt sich hier um Arbeiter und Familien, die des Lebens bedürftig sind. (Lebt, bravo! b. d. Soa.)

Ministerialdirektor Caplan. Natürlich sollen nur diejenigen Anwälde das Wahlrecht bekommen, die noch auf der Höhe arbeiten. Die sozialdemokratischen Anträge bitte ich abzugeben. Dagegen ist der Antrag Schulz annehmbar. Der sozialdemokratische Wunsch auf reichsgesetzliche Regelung des Berufswesens ist für die Regierung unannehmbar. (Hört, hört! b. d. Soa.)

Abg. Götlich (Wpt.). Die reichsgesetzliche Regelung des Berufswesens ist nicht nur ein sozialdemokratischer Wunsch, sondern ein Wunsch der großen Mehrheit des Reichstags. Reiter steht der einseitigen Kartellierung seiner Tätigkeit entgegen. Bedauerlich ist, daß der Regierungsentwurf sogar hinter dem zurückbleibt, was die preussische Regierung vor Jahren als notwendig betrachtet hat. (Hört, hört! b. d. Soa.) Diese Regierungsvorlage des Staatssekretärs Dr. Delbrück enthält nicht das nehmende Wahlrecht zu den Anknüpfungspunkten, das die Vorlage des preussischen Handelsministers Delbrück früherzeit enthält. (Hört, hört! links.) Nun ist anzugeben, daß die Kommission für die neue Verfassung sich nicht an das Wahlrecht zu denken hat. Sie hat das nehmende Wahlrecht abgelehnt. Aber das genügt nicht. Es müssen auch Kriterien zur Sicherung des Wahlergebnisses getroffen werden. (Sehr wohl! links.) Der Terziumsentscheid bei den Anknüpfungspunkten übertrifft nach dem Terziumsentscheid der Reichstagskommission. (Zust. links.) Es ist dringend notwendig, den Anknüpfungspunkten das nehmende Wahlrecht zu sichern. Die Interessen der Arbeiter müssen vor den Interessen der Arbeitgeber geschützt sein. (Weiß! links.) Die Arbeit gibt sich nicht einmal die Mühe, die Begründung der Anträge anzugeben, die sie nachher wiederholt. Es sind nur die Begründungen der Arbeitgeber zu empfangen, die Bestimmungen, deren Resultat ja doch feststeht, vorher vorzunehmen, damit die Kollegen vor dem Bericht der 30 Mf. besser gerüstet werden. (Geheißt, links.) Mit einer solchen Geschäftsweise wird man die Arbeiter niemals zufrieden stellen. (Weiß! links.)

Abg. Götlich (Wpt.). Ausführungen des Abg. Götlich über den Terziumsentscheid der Reichstagskommission sind für die Arbeit. (Hört, hört! b. d. Soa.) In Oberlieferung werden die Anknüpfungspunkte nach sozialistischen Gesichtspunkten ausgeführt. Es werden nicht einmal solche Kräfte angezogen, die der politischen Sprache mächtig sind. Anstatt dieses systematischen Terziumsentscheid ist die Kommissionsfassung für uns annehmbar. Wir werden nicht die Kommissionsfassung annehmen, die der Staatssekretär Dr. Delbrück beibringt, wenn er noch auf dem Standpunkt des Handelsministers Delbrück steht. (Sehr gut! links und bei den Werten.)

Abg. Weder (Arbeiter). Meine Freunde im Lande werden es mir sehr verzeihen, wenn ich auf die Angriffe des Abg. Götlich über die Anknüpfungspunkte nicht eingehen kann. Ich habe nur vor dem Ausschuss in Verbindung mit der Reichsversicherungsordnung das Anknüpfungswesen reichsgesetzlich regeln zu wollen. Warum haben die Sozialdemokraten die Sache nicht in der Kommission angedrungen? Da aber haben sich Götlich und Götlich nicht sehen lassen. (Hört, hört! im Sitz.) Zunächst ist zu sagen, daß die Anknüpfungspunkte die Begründung des Reichstagswahlrechts in Betracht kommen, was den Herrn Götlich zu verheerenden Angriffen überführt. (Hört, hört! im Zentrum.) Aber das Tempo des Fortschritts kann man ja steuern. Die Ausführungen des Abg. Götlich werden in mir das Gefühl, dem Fortschritt der Größe der Größe zu danken, hervorgerufen. Mit solchen Gebahren muß man sich herumschlagen! (Bravo! bei der Mehrheit, b. d. Soa.)

Abg. Dr. Semler (nat.). Wer das zustimmende Götliches will, muß schweigen. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) Die Abg. Weder und Behrens haben sich in der Kommission bemüht, für die Arbeiter möglichst viel herauszufinden. Aber die Kompromissanträge können wir nicht hinausgeben. (Weiß! b. d. Mehrheit.)

Abg. Sachse (Soa.). Die Herren Behrens und Weder haben das verdiente Lob Dr. Semlers bekommen, der so häufig mit den Sozialdemokraten durch die Wände gegangen ist. (Zuruf! b. d. Soa.) Immer! Die Abgeordneten müssen, was die von diesen Herren zu halten haben. Wenn sie gegen uns nichts anderes vorzubringen haben, dann können sie getrost empfinden. Herr Behrens sollte die Unternehmer doch wirklich kennen. Es muß alles genau in das Gesetz hineinschreiben werden. (Hört, hört! im Zentrum.)

der Unternehmerrücktritt für und Tor geöffnet. Geradezu unerlässlich ist die Haltung des Zentrums zur Sicherung des Wahlergebnisses. Früher hat Dr. Dieb viel mehrerhebende Forderungen vertreten, als sie unser Antrag enthält. Wie notwendig unser Antrag ist, zeigt ein Wahlzettel von dieser Größe. (Der Redner zeigt ein Wahlzettel.) Wir verlangen, daß jeder vollqualifizierte Arbeiter nachher sein soll zum Anknüpfungspunkte. Jetzt soll man zum Reichstagswahlrecht rechnen mit 30 Jahren, zum Anknüpfungspunkten aber erst mit 30 Jahren gewährt werden können. (Bravo! b. d. Soa.)

Abg. Schirmer (Soa.). Ich befehle, daß der sozialdemokratische Wahlrechtsentwurf ein christlicher Arbeiter angedrungen werden soll.

Abg. Schmidt (Berlin (Soa.)) wendet sich erneut gegen den Abg. Behrens. Die zur Abstimmung in den Saal kommenden Mitglieder der Reichstagsparteien unterhalten sich betrieblaut, daß die Ausführungen des Redners unverständlich bleiben, ebenso die folgenden Ausführungen des Abg. Sachse.

Der Antrag auf Einberufung des § 236 in den § 238, wonach Reichstagsmitglieder die gegen Gewerkschaften auszusenden, wenn bestimmten Bedingungen entsprechen, als die Reffen behalten sollen, wird angenommen. Alle übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt, bis auf den Kompromissantrag Schulz über die Wahlrechte der Anknüpfungspunkte in die Generalversammlung in den Vorstand der Anknüpfungspunkte, der in der Generalversammlung mit allen 37 Abgeordneten Stimmen angenommen wird, der sozialdemokratische Vorbertrag hierzu, der auch die freiwillig abgewandten Anknüpfungspunkte hierzu, wird in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 88 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Es folgt die Diskussion über die §§ 238 bis 240 (Zusatzfassung von Entschlüssen), wonach noch die Stellung des dritten Buches in Angriff genommen wird. Infolge dessen werden unvermeidlich und stellen Anträge, die Mehrheit hört nicht und stimmt nicht mehr.

Präsident Graf Schwerin schließt nach fünfjähriger Sitzung endlich dem Saale, sich zu veranlagen; der schwarzblaue Plod zieht den Vorhang ab.

Es wird weiter geteilt und abgelehnt bis 3/8 Uhr.

Generalversammlung der deutschen Buchdrucker.

Kr. Hannover, 15. Mai 1911.

Am stimmungsvoll beleuchteten Saale des Parkhauses zu Hannover wurde am Montag, dem 17. Generalversammlung vom Vorsitzenden Döhlert eröffnet. Die Generalversammlung ist durch neun Mitglieder, die Redaktion des Korrespondenzblattes durch 3 Redakteure und das Internationale Buchdruckerjournalist durch 2 Autoren vertreten. Die Generalkommission hat den Redakteur des Korrespondenzblattes, Imbrecht, delegiert. Als Gäste der Veranstaltung sind Frau Thiele und die Kollegen Buchen, Blah und Sellier anwesend. Aus dem Ausland sind Kollegen aus Österreich, Ungarn, Schweiz und Frankreich zu den Verhandlungen erschienen. — Durch längere Geschäftsverhandlungen wurde beschlossen, die beiden Vertreter des Berliner Tarifamtes, Haber und Gieseler, festzupflichten zu den Verhandlungen zu laden. — In folgender Reihenfolge sollen die einzelnen Punkte beraten werden:

Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht gab Döhlert noch einige Erklärungen über die Tätigkeit des Hauptvorstandes. Im weiteren vertrieb er auf die ersten Aufgaben, die die diesjährige Generalversammlung zu lösen habe, ebenso die Tarifverhandlungsbewegung, die große Aufgabe unserer Mitglieder. Die Auffassung der Unternehmer, daß Tarife, die lediglich zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen werden, erträglich, folge aber, die die Rechte der Arbeitnehmer beeinträchtigen, werden, mit allen Mitteln zu bekämpfen seien, sowie die starke Zunahme der Mitgliederzahl und das Anwaschen des Berufsstandes, haben auch das Arbeitgebertum in Widerspruch gegenüber herbeigeführt. Redner betonte, daß der Verband streng bemüht war und auch ferner sein wird, den neutralen Völkern einzuhalten. Im Bundesrat werde bekämpft eine andere Verhältnisse als in anderen Verbänden. (2) Die Gewerkschaftsorganisation muß durch ihr Verhalten zeigen, daß die Prinzipale ein gewisses Vertrauen zu ihren Gehilfen haben, da doch streng vertrauliche Sachen zu ihrer Kenntnis kommen. — Für die christliche Gewinnung der Arbeiter, die in der christlichen Organisation zusammengeschlossen sind, zeichnet Redner ein hohes Bild. In Österreich, in Ungarn, in Spanien, haben diese eine Tarifabschlüsse, die in der Forderung enthalten ist, die früher vereinbarte Lohnverfassung vor sich zu haben, nur den christlich organisierten Arbeitern des Berufes zu gehören. Döhlert schließt seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die freiberufliche Tätigkeit des Berufes sich weiter entwickeln möge, damit im Jahre 1913 die Kollegen statt 93 Proz. zu 100 Proz. organisiert seien.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird von Hülfer Berlin eröffnet, sie zeigt in ihrem weiteren Verlauf, daß große Unstimmigkeiten zwischen Vorstand und Mitglieder nicht bestehen. Auch das Verhältnis zwischen dem Vorstand und den „Parten“ (extra Gruppen in der Organisation) hat sich einmühtig gestaltet zum Wohle des Verbandes. — Nach dem Hülfer hat die Sitzung die Sitzung des Vorstandes zur „Rechtungsfrage“, zum „Güterbund“ und zur „Wahlrechtsfrage“. — Döhlert teilt dem entgegen. — Vor der Franzosen, M. wünscht, daß der Vorstand mit den nachgehenden Zuständen in Verbindung treten möge, um ein andere Regelung der Materie in die Wege zu setzen, da unter der heutigen Form des Bundesratens seit unmöglich gemacht sei, sich daran zu beteiligen. — Er wendet sich, daß der Vorstand die Aufnahme einer Statistik über die Beschäftigung der Hilfsarbeiter abgelehnt habe. — Imbrecht, Effen gibt seiner Freude Ausdruck, daß jetzt im Verbalde etwas kräftigerer Tone gegen die Organisation der Prinzipale gefunden seien, dadurch werde den Beziehungen gegen die Organisation der Gehilfen wirksamer entgegengetreten. Durch Schlussantrag wird die Debatte beendet. Nachdem Döhlert in die von Bruchardt geäußerte Anregung eine Sache richtig gestellt und noch einige Ausführungen gemacht, wurde dem Vorstand Bedanke erzeigt.

Ueber die Ausführungen des Vorstandesmitgliedes Grahmann über die Frage der „Innere Verbände“ berichten wir morgen.

Gewerkschaftliches.

Die Auslieferung in Dänemark.

Nach dem am 27. April zwischen der Landeszentrale der dänischen Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband getroffenen Vereinbarungen treten es, als ob die Auslieferung von 40 000 Arbeitern nicht zur Ausführung kommen sollte.

Es handelt sich bei den damaligen Konflikten um die Verträge in der Holzindustrie, im Maurergewerbe und im Installationsgewerbe. Ueber diese Differenzen wurde eine Einigung herbeigeführt, und der Unternehmerverband zog die Auslieferung zurück, befiel sich aber vor, mit achtjähriger Frist die Auslieferung auch neue auszubringen bei den Holz, das eine Einigung mit den außerhalb der Landeszentrale der dänischen Gewerkschaften stehenden Organisationen der Maurerhandwerker und der Klempner nicht zu erzielen sei. Bezüglich der Maurerhandwerker handelt es sich um einen Betriebskonflikt, der keinerlei weitere Bedeutung hat. Anders ist es mit den Klempnern, die bereits seit drei Monaten ausgesperrt sind. Der Verband hat rechtzeitig den Vertrag für die Provinz gütlichigt und Lohnforderungen gestellt. In den Verhandlungen wurde keine Einigung erzielt und die Unternehmer Parteien daher am 13. Februar die Klempner aus. Wiederholte Einigungsversuche haben nicht zum Ziele geführt, ebensowenig gelang es dem staatlichen Vergleichsbeamten, den Frieden herbeizuführen. Seine Vorschläge wurden von den Klempnern abgelehnt. Auch die neuesten Verhandlungen, die seit dem 27. April eingeleitet sind, haben kein anderes Resultat ergeben. In das nunmehr der gesamte Arbeitgeberverein die Klausurierung von 40 000 Arbeitern der gesamten Industrie vorgenommen hat.

Wie ungeschwerlich diese Maßnahme ist, geht schon daraus hervor, daß von den 40 000 Arbeitern, die ausgesperrt werden, nicht ein einziger einer Organisation angehört, die irgend welchen Einfluß auf die Stellungnahme der Klempner ausüben kann. Der Klempnerverband gehört seit langer Zeit nicht mehr der Landeszentrale der Gewerkschaften an, hat also keinerlei Beziehungen zu der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterpartei des Landes. Wenn der Unternehmerverband trotzdem 40 000 Mitglieder der gewerkschaftlichen Landesorga-

nisation Dänemarks aussperrt, so kann das nur den Zweck haben, die dänischen Gewerkschaften für längere Zeit lahm zu legen. Daß das nicht erreicht werden wird, ist sicher, denn die dänischen Gewerkschaften besaßen am Jahresfiskal 1910 ein Vermögen von rund 4 Millionen Mark. Der Landesverband gehörten 101 563 Mitglieder an, von denen jetzt 40 000 ausgesperrt waren, es wird daher zweifellos den dänischen Gewerkschaften gelingen, ihre Mitglieder für längere Zeit über Wasser zu halten.

Trotzdem besteht natürlich die für jeden Unbefangenen ungeheure Gefahr, daß der Unternehmerverband 40 000 Arbeiter aussperrt, weil sich mit den 100 Klempnern, auf die jene 40 000 gar keinen Einfluß ausüben vermögen, nicht einigen lassen. — Für die deutsche Arbeiterpartei gilt es, Solidarität zu üben!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 17. Mai 1911.

Wahlpolitik und revolutionärer Klassenkampf.

Nach längerer Pause hat der Sozialdemokratische Verein am Donnerstagabend eine Mitgliebersammlung abgehalten, deren Tagesordnung Wahlpolitik und revolutionärer Klassenkampf lautete. Es ist außerordentlich wichtig, daß die Parteigenossen zu der neuesten Entwicklung der Politik und den jüngsten Parteiverfassungskomitee Stellung nehmen. Eine Fülle von Ereignissen laßt der Betrachtung und der kritischen Auswertung für unsere Partei offen. In der geschlossenen Parteiverammlung besteht die Möglichkeit, die Dinge in zusammenhängender und viel gründlicherer Art und Weise zu besprechen, als dies in der Presse durchführbar ist. Die Parteimitglieder erwarten deshalb einen besonders abstrakten Bericht. Ueberdies haben Vereinsangehörigen an der Tagesordnung, die ebenfalls sehr beachtlich sind. Eine Mitgliedsliste erhält niemand Zutritt.

Dürfen Fortbildungsschüler mit dem Stafe geprüft werden?

Diese Frage wurde gestern vom Reichsgericht bejaht. Anlaß dazu gab der folgende Strafakt. Der Lehrer Ernst Meißner in Gletwitz war angeklagt, als Lehrer an der Fortbildungsschule in 16 Fällen Heftverfälschung und Gefährdung der Schularbeit zu haben. Das dortige Landgericht hat ihm am 9. Januar freigesprochen, weil dem Fortbildungsschüler kein Amt in der Schulaufsicht zugebilligt und — im Hinblick auf die wiederholten großen Ausbreitungen der jungen Leute — der Angeklagte in keinem Falle des Schulaufsichtsdienstes überführt worden. Allerdings, sagt das Urteil, selbst wenn die Fortbildungsschüler, aber dadurch wird das Schulaufsicht nicht ausgeschlossen. Nach Gletwitz und Chemnitz der Fortbildungsschüler in der Schulaufsicht zu ergreifen werden; in diesem Sinne ist auch die förmliche Zustimmung zulässig. — Der Staatsanwalt legte gegen den Freispruch Revision ein, die aber vom Reichsgericht verworfen wurde, wobei das höchste Gericht u. a. ausführte, daß die Fortbildungsschüler nicht nur Unterrichtsanstalten, sondern auch Erziehungsanstalten sein sollen, da oft gerade auf der Fortbildungsschule der Charakter nicht genügend gebildet werde. Auch die höheren Schulen dienen demselben Zweck wie die Volksschulen; auch an ihnen ist Schulaufsicht zulässig. Es kommt nun darauf an, daß die Schulaufsicht maßvoll und vernünftig geschieht. Hier kann man natürlich nicht denselben Maßstab anlegen wie an höheren Schulen; das ergibt sich schon aus dem Verhalten der Schulaufsicht. Der Verhaltensunterschied zwischen dem väterlichen Richter des Lehrers; warum sollte er nicht auch der Zucht des Fortbildungsschülers unterliegen? Aus dem angeführten Urteil ergibt sich nicht, daß der Angeklagte ein maßvolles Schulaufsicht überführt hat.

Diese Entscheidung wird den Schülern, den ein Faktor für die bei den Schülern gegen die Fortbildungsschulen bemerkt hat, sicher noch vergrößern. Im übrigen enthält der Reichsgerichtspräsident alles, was zur Verurteilung seiner selbst und des preussischen Schulwesens nötig ist. Da wird vor allem von der höchsten richterlichen Instanz klipp und klar ausgesprochen, daß die Volksschulen völlig unzureichende Einrichtungen sind. Denn — so laut das höchste Gericht — auf der Volksschule wird der Charakter nicht genügend gebildet. Und das muß das Reichsgericht sagen trotz der unheimlichen Menge von Heftverfälschungen und verdrängten Heftverfälschungen und trotz der Prügel, die immer noch in den Volksschulen geübt werden. Des Verlangens dieser Sorten von Zustimmungen vor aller Welt feigegeißelt. Und nicht behält die Sozialdemokratie, die stets sagte, Religionsunterricht ist überflüssig und die verdrängten Heftverfälschungen sind nur geeignet, verdrängt, nicht aber erzieherisch auf den Charakter zu wirken. Zufandmal haben wir daselbe auch von Prügel gesagt. Was aber hat das Reichsgericht? Es hat sich gegen das verdrängte Prügel zu wenden, das in Gletwitz so häufige Auswüchse der letzten bürgerlichen Jugendgerichtspräsident, jetzt es als unannehmbar rechtsgültig das Prügelrecht auch noch für die Fortbildungsschulen sei. Und es glaubt noch dazu, daß „Geist und Charakter der Fortbildungsschüler“ durch „körperliche Züchtungen in diesem Sinne“ ertragen werden können. Man braucht einmal über das andere ob dieser Verurteilung der einfachen Gendarmen und seelischen Vorgänge im Menschen. Wie soll man darauf, daß für das Gefühlsleben der Arbeiterjugend auch in den Kreisen der Richter sich einmal ein besseres Verständnis erwidert, verfliegt, wenn man sieht, daß deshalb der Fortbildungsschüler den Prügelhof schmecken darf, weil das ja auch dem Lehrern erlaubt ist. Gleiches Recht für Lehrer und Lehrer. Was dabei aus dem jungen Menschen wird, das kommt später, oder vielmehr, wenn es zu spät ist, erst in Frage.

Den Konventionen Anken-Dorf wird das Herz im Leibe tanzen vor Freude über diesen reaktionären Entscheid, aber die Arbeiterjugend wird ob dieser Demütigung sich aufkämpfen und wütender noch als bisher ihren Wut und ihren Hoffen demen zuwenden, die da angeht, folger Urteile glauben, sie mit Jugendfürsorge einmischen zu können.

* Vorschriften über schulärztliche Untersuchung der Kinder. Anlaß eines Spezialbeschlusses hat der preussische Kultusminister entschieden, daß betreffs der schulärztlichen Revision folgende An-

Herren- u. Damen-Anzüge in unübertroffener Auswahl u. Preiswürdigkeit. **Endepols & Dunker**, Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 19.



2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 115

Halle a. S., Donnerstag den 18. Mai 1911

22. Jahrg.

Sozialhygienische Notwendigkeiten

in den Heilanstalten der Landesversicherungsanstalten.

Wer nur die Methoden kennt, die die Offiziösen und die „Nationalen“ über den Stand der sozialpolitischen Verhältnisse in Deutschland in die Welt schmettern, der würde erstaunt sein über den Reichthum der Worte, über die Entfaltung und Schönheit dieser sozialpolitischen Arbeit. Anders wird dies jedoch, wenn der wirkliche Kenner der tatsächlich bestehenden Zustände über dieses Thema sich vernünftig äußert. Da werden sofort die Unzulänglichkeiten klar, die aus der Mangelhaftigkeit der Verhältnisse entstehen, wie sie besonders in der Beschränkung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenanstalten zu Tage tritt, oder in der engen Verknüpfung der Invalidentät in der Invalidenversicherung sich bemerkbar macht, oder gar in dem Mangel der Unternehmern in der Verwaltung der Unfallversicherung zu verzeichnen ist.

Es sollen aber hier nicht all diese Mängel und ihre Folgen für die Arbeiter dargestellt werden, sondern nur auf einen Mangel im Bereiche der Invalidenversicherung hingewiesen werden, dessen Beseitigung außerordentlich wichtig wäre, aber auch beheben werden kann ohne neue Paragrafen, ohne erhebliche Gehaltsminderungen, wenn nur der Vorstand der einzelnen Versicherungsanstalten den guten Willen und die ernste Absicht zur Verwirklichung in dem Maße besitzt.

Wit der näher und näher heranrückenden Verwirklichung der Reichsversicherungsordnung prägen sich dem einzelnen auch in immer schärferen Maßen die Verhältnisse, die sich nicht nur von dem jetzigen, an und für sich schon schlecht genug gewordenen Hintergrund abheben, sich in diesem sozialpolitischen „Abstrichwerk“ für die Arbeiter finden. So ist unter den vielen, den gegenwärtigen Zustand verwickelnden Bestimmungen auch eine Erhöhung der Beiträge der Arbeiter in der Invalidenversicherung geplant. Ganz besonders schmerzhaft soll auch die freie Verfügung der Versicherungsanstalten über ihre Mittel, insbesondere für die Fälle der Erhaltung von Heilstätten und in der Durchführung von Heilverfahren für Tuberkulose, oder sonstigen noch Aussicht auf Heilung vor der Invalidentät bietenden Arbeiter erschwert werden.

Was liegt da näher, als einmal die Art der Durchführung der Heilverfahren in den Lungenheilstätten einer Betrachtung zu unterziehen und zu prüfen, ob die jetzige Durchführung derselben den bezweckten Bestimmungen befürwortenden „Sozialpolitikern“ auch nur irgendwelchen Einblick in die Durchführung zu solchen Einführungen geben könnte.

Wird der Bestimmungen soll doch sein, die Kosten der Heilverfahren und die damit zusammenhängenden Notwendigkeiten herabzusetzen. Vor allem den einmal einer Kur teilhaftig Gewordenen von einer eventuellen Wiederholung, wie sie heute möglich ist, auszuschließen. Nun ist es ja auch heute schon ziemlich schwierig für den Versicherten, in eine Heilstätte aufgenommen zu werden und sehr häufig geht in der Beobachtung all des bürokratischen Formelworts und der Zukunftsweisensmittel nie wieder eingehende Zeit für die Patienten verloren. Wie wird das erst nach voll. Befreiung der letzten Kommissionenverhältnisse werden, die diesen Weg noch erschweren und verlängern?

Was aber besonders hier ins Gewicht fällt, ist die Frage: wird heute in den Heilstätten alles beobachtet und den Patienten vermittelt, was in jenen Rahmen gefahren kann, um der Notwendigkeit einer Kurwiederholung vorzubeugen? Hier kann jeder, der mit eigenen Augen gesehen und mit seinen Ohren gehört, wie das Leben und Treiben dort ist, mit gutem Gewissen nein sagen.

Eine fast schablonenmäßige Behandlung der hundert oder mehr Patienten, die als Anfallsfälle gewöhnlich vorhanden sind, geht vor sich. Nun wird ja dieselbe schon durch die Art der Ansätze bei der Aufnahme sehr begünstigt. Denn es werden in unseren Lungenheilstätten nur Tuberkulose aufgenommen, deren Krankheit sich im Frühstadium befindet und die dadurch eine gewisse Gewähr für eine Heilung oder aber für längere Erhaltung der Arbeitsfähigkeit im Voraus bieten. Dies alles als richtig und gut vorausgesetzt, entstehen aber gerade daraus den Leitungen dieser Heilanstalten die Pflichten, mehr und umfassender dafür zu sorgen, daß alle Mittel, die den Heilerfolg länger aufrecht erhalten, wie dies der Fall wäre, bei einer wahllosen Wiederaufnahme aller früheren Lebensgewohnheiten der Patienten, angewandt werden. Das könnte besonders der Fall sein bei einer sich auf die Dauer der Kur erstreckenden Unterweisung aller der in Frage kommenden, in den Grundrissen der Körperpflege und was damit zusammenhängt, der Ernährungslehre (hauptächlich bei den in den Heilanstalten untergebrachten Frauen) und vor allem der Hygiene des ehelichen Zusammenlebens unter besonderer Berücksichtigung der Pflichten, die der Tuberkulose gegen seine Ehegatten, gegen seine Kinder hat.

Selbstverständlich könnte sich diese Unterweisung nur auf die elementarsten Formen erstrecken in dieser Zeit, aber die hygienische Erziehung, die doch bei unseren heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen wohl den meisten Erwerbstätigen fehlt, könnte eine erhebliche und ziemlich wichtige Rente gefördert werden. Und gerade bei diesen Heilanstalten

wäre dies von großem persönlichen und allgemein sozialen Vorteil.

Selbstverständlich geben wir uns nicht der Täuschung hin, dadurch die Wirkstoffe vollständig beseitigen zu können, die besonders in dem Raum liegen, für diese Menschen der Armen nach ihrer Anfallserkrankung mit einer Tätigkeit zu befallen, die oftmals einen gesunden, widerstandsfähigen Körper zu schwer wird, oder der in seiner schrecklichen Schwäche für sie in dem Wort Arbeitslosigkeit zusammen zu fassen ist. Aber vieles könnte der tuberkulöse Arbeiter und die Arbeiterin nach dieser Richtung für den Unfall ihrer Krankheit tun, wenn ihnen in der Heilanstalt der Weg gezeigt würde. Wir hätten ganz besonders gerade den hiesigen Anfall für dazu geeignet, weil der Kranke seine Gedanken mehr, wie dies unter den gewöhnlichen Verhältnissen der Fall ist, auf diese Dinge konzentrieren könnte. Weiter aber auch als eine Gelegenheit, wie sie sich sonst nicht bietet, die Patienten zu veranlassen, dem Unterricht oder den Vorträgen beizuwohnen. Außerdem läme noch die Autorität der Anfallsärzte ins Gewicht, die sie sich durch die Art der Behandlung der Kranken verschaffen, und zu diesem Zwecke ausnützen könnten.

Aber auch abgesehen von den späteren Vorteilen, müßte schon das Zusammenleben von hundert und mehr Kranken die Heilung vorantreiben, alles zu tun, um das gegenseitige Verhalten möglichst in diesem Sinne zu beeinflussen. Ganz besonders läßt aber gerade dieses auf die Gewohnheiten und Gebräuchen vor der Kur folgern, aber auch, daß ohne eine ernste und planmäßige Aufklärung keine dieser meist schädlichen Dinge nach der Kur unterlassen werden wird. Aus all diesen Gründen, und ganz besonders wegen der letzten Uebertragbarkeit der Tuberkulose, haben die Landesversicherungsanstalten die Pflicht der intensiven Aufklärung, wie die Kranken das Recht haben, Unterweisung über alle Vorbeugungsmöglichkeiten, die der Lage anwenden kann, zu verlangen.

So wird in vielen Heilstätten gegen die elementarsten Grundregeln der Vorbeugung, die in der Aufklärung liegen, verstoßen. Der Kranke, der bei offener Tuberkulose, doch selbst die größte Gefahr für seine Nebenmenschen ist, hört während seines Anfallsaufenthalts über dieselbe nichts, oder aber so wenig und dieses wenige so zusammenhanglos, daß er, wie seine übrigen Leidensgenossen, sich keine richtige Vorstellung von dieser in ihm liegenden Gefahr machen kann.

Selbstverständlich kann auch nachher von einem entsprechend sorgfältigen Verhalten dieser Patienten den übrigen gegenüber nicht die Rede sein, und die Gefahr einer Tröpfcheninfektion hat in der Anstalt, wie dann auch später, ungehinderten Lauf. Hunderte von Weipfäden aus dem Zusammenleben bei Tisch usw. in den Anstalten konnte dies illustrieren. Die übergroße Mehrzahl der Patienten kennt eben nicht die Anforderungen der Vor-

Eine Ausnahme-Woche.

Von dem Bestreben geleitet, unserer werten Kundschaft stets besondere Vorteile zu bieten, haben wir uns, wie in früheren Jahren, auch in diesem Jahre entschlossen,

7 extra billige Verkaufstage

einzurichten. Wir gewähren daher an den nebenstehend verzeichneten Tagen für sämtliche Einkäufe (ausgenommen bw. Näh- und Häkelgarne) auf unsere bekannt billigen Preise bei Barzahlung

Der Rabatt

wird an unserer Kasse sofort bar ausbezahlt.

Ueberaus grosse und vielseitige Auswahl in neuesten

Kleiderstoffen, Damen- und Kinderkonfektion, fertiger Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Leinen- und Baumwollwaren, Handarbeiten, Kurzwaren, konfektionierten Weisswaren, Handschuhen, :: Strümpfen, Gürteln, Trikotagen, Gardinen, Teppichen, Möbelstoffen, Betten etc. etc. ::

10 Prozent Rabatt.

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstrasse 22/23.

Montag 16. Mai	Dienstag 18. Mai
	Mittwoch 17. Mai
	Donnerstag 18. Mai
	Freitag 19. Mai
	Sonntag 20. Mai
	Sonntag 21. Mai

Verlegung usw. Sie bleiben ihnen auch bei dem heutigen System der Behandlung vorbehalten. Wie oft erheben die Rezipienten der Weisheit ihre Stimme, um vor den Mund zu hängen als Desinfektionsherden zu warnen. Aber bei den meisten, die ganz besonders träge wären, diese Warnungen zu hören und die Notwendigkeit zu befolgen, verhallen sie ungehört.

Ein großer Teil der Patienten kommt ohne die nötigen Kenntnisse einer zureichenden Reinigung der Mundhöhle nach den Anstalten. Viele sind überhaupt nicht im Besitze von Zahnbürsten, andere gebrauchen sie wieder in der unvollkommensten Weise. Aber kein Sinus, keinen Fingerzeig wird von den dazu berufenen Personen über diese so wichtige hygienische Frage erteilt und doch wird sich dem Kranken gegenüber vielfach nur wieder eine so botenmäßig geeignete Scheinheilung bieten, ihn in dieser Frage zu unterweisen. Hier wäre ein Gebiet des Eingreifens der Landesversicherungsanstalt. Jedem Antommenden müßte eine Zahnbürste geliefert, der richtige zureichende Gebrauch veranlaßt werden. Und mancher könnte durch das Wohlbehagen einer gut gepflegten, reinlich gehaltenen Mundhöhle zum dauernden Gebrauch für sich und schließlich seiner Angehörigen veranlaßt werden. Die Kosten dieser Maßregel wären aber dem häuslichen Wert gegenüber so gering, daß es wohl nur des Sinnleises bedarf, um ihre Durchführung zu veranlassen.

Das gleiche trifft für die Luft- und Wasserabkühlung zu. Wie mancher trinkt seinen Anwaltsbesuch hinaus, wenn er plans- und zweckmäßig seine ihm zur Verfügung stehende freie Zeit nach dieser Richtung verwenden könnte. Die Anwendung kalter Abwaschungen werden ja zur Nacht vorzubereiten, was aber weiß, wie widerwärtig sie borgenommen werden, glaubt nicht an ein Fortgehen nach der Heimkehr. Da wäre nun aber doch wieder der Anstaltsaufenthalt in sehr idealer Weise geeignet, dafür zu sorgen, daß die Notwendigkeit der Fortsetzung derartiger Maßnahmen begriffen würde.

Wichtig ist aber auch das Interesse der Landesversicherungsanstalten an der Verbreitung von Kenntnissen über die für den Kranken so wichtigen Sonnen- und Reichtumsbestimmungen. Günstig bietet sich ein Anknüpfungspunkt in den Anstalten zur Erörterung dieses Themas, und besonders einbringlich und anschauliche Demonstrationen über die Schädlichkeit des Aufenthaltes in rauh- und dunstgeschwängerten Räumen bietet die Wissenschaft ebenfalls.

Dies würde doch in vielen Fällen der Ausbeutung des Krankheitsbegriffes sehr guten Vorstoß leisten können. Der Arzt müßte nur in zweckmäßiger Weise seine Autorität als Gesundheitslehrer in die Waagschale werfen. In den verschiedensten Richtungen wäre vorübergehendes und sozial notwendiges mit diesen beiderseitigen Mitteln zu leisten. Denn ist nicht bei fortschreitenden Krümmungen, um nur noch auf eine hinzuweisen, an der Entscheidung vieles zu ändern, was die Gesundheit günstig beeinflusst? Wird aber in den Trauerheilstätten, wo dies besonders verneint wird, das Nötige in dieser Richtung getan? Nicht ist davon bekannt geworden. Und doch tut auf allen Gebieten der Eignung Anstalt für nicht.

Nach dieser Richtung die Aufgaben der Heilbehandlung reformieren, wäre eine bringende Notwendigkeit für unsere Anwaltsbesuche.

Aber es scheint in den nachstehenden Streifen Angst vor den Folgen einer derartigen Auffassung der immerhin beachtlichen Zahl der in den Heilstätten Behandelten vorhanden zu sein. Es ist die Angst vor der etwa dadurch gegebenen Veranlassung zur „Verchristlichung“. Dem ist ein gewissermaßen selbstverständliches aus Erfahrungen in das Gebiet der Fortschrittlichkeit einer richtigen Ernährungsweise, als ein Fortsetzungsmittel besonders der Unterklasse unternehmend. Sehr viele der Patienten müßten aber sehr bald die Notwendigkeit der Verfügung über größere Mittel, also höherer Löhne, einsehen, und entweder, soweit sie schon ihrer Organisation angehören, effizientere Maßnahmen vornehmen, oder aber sich denselben zur Erlangung der Mittel zur Bekämpfung des Notwendigen anschließen.

Einen Sozialmediziner oder Hygieniker können und dürfen

aber derartige Erörterungen nicht abhalten, das zu tun, was zur Erreichung des Zwecks der Heilbehandlung durchaus notwendig ist.

Die Stellen würden bei Durchführung dieser Maßregeln sich niemals wieder aufheben. Wohl werden die jetzt praktizierten von Vergeß der Seilschiffen wegen der Größe ihres Arbeitspensums viele Aufgabe nicht mehr mit erledigen können, aber für den Bereich einiger Landesversicherungsanstalten würde die Anstellung einer besonders dazu geeigneten Kraft genügen, die in der Zeitrahe der Behandlung der Patienten wohl jedem derselben das Notwendige vermitteln könnte, wenn das übrige Personal jede Gelegenheit zur Unterbringung nach dieser Richtung hin ausnützen würde.

Wären die Landesversicherungsanstalten ihrer sozialen Aufgabe an diesem Gebiete gerecht worden, so müßten sie vor allem dafür sorgen, daß der Arbeiter in der in der Ansicht erlangte Widerstandskraft möglichst lange erhält; aber auch sonst, was er zur Abwehmung des Schadens seiner Umgebung vor dem in ihm wohnenden Menschenkind tun kann. Dann geht aber, daß in den Heilstätten der Invalidenversicherung alle Gebiete der Hygiene einen höchsten Interessegegenstand bilden. Dann brauchen keine, die Beschäftigten schädliche Bestimmungen über die Abbe der zu Seilschiffen und ihren Betrieb verwendeten Mittel in der Reichsversicherungsordnung niedergelegt zu werden. Dann wird mancher das Entschlossene, ohne Schaden zu leiden, was ihm an Kosten seiner nicht-Verdunstungsarbeiten nach den Beschäftigten der Reichsversicherungsordnung-Kommission entsagen werden soll.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Streik im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Endlich hat der Braunkohlenarbeiterverein die Sprache wieder gefunden. In einer Judikatur an die bürgerliche Presse vertritt er den Nachweis dafür zu erbringen, daß unsere Behauptung, den Bergarbeitern sei der Kampf von den Werksbesitzern aufgezwungen worden, nicht zutreffen wäre. Wir sollen eine völlige Berechtigung der Forderungen geleistet haben. Auch soll nach Ansicht der Werksbesitzer die Streikleitung nie eine friedliche Lösung gesucht haben, denn bevor den Ausschüssen eine endgültige Antwort erteilt worden sei, wären die Massenmündigen vorbereitet worden.

Bunadsch läßt die Judikatur erkennen, daß die Werksbesitzer ein sehr festes Gebändnis haben, denn es müßte ihnen doch bekannt sein, daß die Organisationsleiter bereits am 15. März d. J. also gleichzeitig mit der Einreichung des Tarifvertrages und Verhandlungen nachgeführt haben. Diefem Punkte haben die Werksbesitzer keine Folge gegeben; es ging den Organisationen der Arbeiter die von Braunkohlenindustrieverein bestellende abtrocknende Antwort zu. Bevor nun die Mündigen vorbereitet wurden, fanden auf verschiedenen Werken Verhandlungen mit den Ausschüssen statt. Die aber beendeten, daß die Werksverwaltungen für die Arbeiterforderungen nur die Hand und Spieß übrig hatten. Die Werksbesitzer wollten die Verhandlung mit den Ausschüssen nur zur Verhinderung der Fertigstellung der Arbeiterbetriebe benutzen. Hierdurch wurde die Erröterung der Arbeiter auf das höchste angesetzt und wurde durch die Mündigung vorbereitet. Als sich dann weiter durch die fortgesetzten Verhandlungen der Ausschüsse in den Werksverwaltungen zeigte, daß die Unternehmer unter keinen Umständen den Tarifvertrag annehmen wollten, wurde die Mündigung eingeleitet. Aber auch ohne Einreichung der Mündigung wäre noch Zeit gewesen, den Frieden zu erhalten, wenn die Unternehmer nur gewillt hätten.

Daß die Organisationsleiter der Arbeiter eine friedliche Lösung wollten, beweist die Verfügung der Bergbehörde. Die Unternehmer haben auch in diesem Falle ihren Herrenstandpunkt hoch gehalten. Jetzt verstanden die Werksbesitzer die abtrocknende Haltung zu rechtfertigen, indem sie anführen, daß die Vertreter der Bergarbeitersorganisationen auswärtige Personen und nicht Vertreter der Braunkohlenbedarfsgebiete waren. Mit diesem Vorwand haben die Herrn kein Glück, denn auch hier hat sie ihr Gebändnis im Blick gehalten. Den Werksbesitzern ist bekannt, daß die Bergarbeiter die Organisationsleiter mit der Vertretung ihrer Forderungen betraut haben. Es ist ihnen dieses bereits schon seit dem 16. März bekannt. Ob die

Organisationsleiter auch Bestehen oder sonstwo her sind, hat damit gar nichts zu tun. Wir stellen deshalb nochmals fest: die jetzt im Streit stehenden Arbeiter sind keine Friedliebenden haben kein Mittel unversucht gelassen, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Der Kampf ist nur entbrannt, weil die Werksbesitzer jedes Entgegenkommen abgelehnt haben. Wir können deshalb mit Freigabe und Recht sagen, daß die Arbeiter der Kampf aufgegeben wurde.

An dem Artikel wird dann weiter gesagt, daß im ganzen 6000 im Streit liegen und daß das Mitteldeutsche Braunkohlenrevier seine Abnehmer noch befristigen könne. Zu einer Betriebsstilllegung ist es nirgends gekommen.

Wir können hier dem Braunkohlenarbeiterverein mit dem uns zu Gemuthe kommenden Rat der Berechtigung der Forderungen zustimmen. Uns ist bekannt, daß sich auf mehreren industriellen Werken bereits ein Mangel an Kohle bemerkbar macht. Es muß also mit den so oft betonten „großen“ Vorräten auf den Werken nicht weit her sein. Doch es so lam, müßte jeder vernünftige Mensch voraus sehen, denn der Kern der Belegschaft, die kräftigen Arbeiter, sind in den Ausland getreten. Diese Zahl wird täglich größer. Immer mehr sehen es auch die noch arbeitswilligen Leute ein, daß sie eine unwürdige Rolle spielen. Die von den Werksbesitzern angebotenen fremden Arbeiter sind nicht in der Lage, die Arbeit zu verrichten, die die Streikenden geleistet haben. Auf mehreren Werken kann der Betrieb nur schiefher aufrecht erhalten werden. Anforten, Braunkohle, u. a. m. müssen in der Kohle arbeiten. Wirkliche Bergarbeiter stehen nur bereitwillig auf den Werken. In der Zukunft wird dann ferner behauptet, daß unsere Mitteilung, auf Grube Marie in Deuben sei eine wöchentliche Lohnzulage von 1,30 M. verprochen worden, eine glatte Fiktion sei, demgegenüber können wir auf Grund unserer Recherchen die „glatte Fiktion“ mit voller Berechtigung zurückweisen. Die Streikleitung hat es nicht notwendig gemacht, sich über den Inhalt der Urteile des Urteils, die es von jeder im Saibe der Unternehmer geist haben, so daß es ihnen schließlich am Gewohnheit wurde. Innerer „glatten Fiktion“ können wir übrigens eine neue hinzufügen: Hat der V. u. d. r. s. e. c. h. in R. i. c. h. i. g. i. s. t. h. a. l. der Steiger M. a. i. in den Maschinen und Heizen 30 Mark Wochenlohn geboten, wenn sie wieder anfangen würden.

Zum Schluß heißt es dann in dem Unternehmerartikel, daß sich die Streikleitung die größte Mühe gebe, die Solidarität der Unternehmer zu durchbrechen. Wer zwischen den Seiten zu lesen versteht, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es mit dem herkömmlichen Solidarsinn der Unternehmer nicht weit her ist. Sicher ist, daß mancher Unternehmer recht gerne eine Einigung mit den Arbeitern herbeizuführen möchte. Er darf jedoch nichts unternehmen, weil der Unternehmerverband es nicht will. Sieht dies nicht auch nach Terrorismus aus.

Werkzeug. Der Sozialdemokratische Verein hält morgen, Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, eine Mitgliebertagung ab. Genosse Dreher wird seinen Vortrag über das Arbeiterprogramm halten, außerdem soll, wenn aus dem heutigen Urteil ersichtlich ist, verschiedene Beschlüsse gegeben werden. Ein guter Besuch ist deshalb notwendig.

Schweid. Aus dem General-Kaufmanns-Kartell. Die Kartellabstimmung des Reichsleiters wird den Delegierten zur Kenntnis gebracht. Der Direktor Wobeser des Sozialbundes hat sich für die Kartellabstimmung ausgesprochen. Er hat die Unterstützung des Sozialkampfes auf „einer Revolution, in der am Ausbruch gebracht wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Verhütung in dieser Sache führen, wird zugestimmt. Alle Sozialbundesmitglieder sollen von der Sozialkommission dem Kartell genehmigt werden; hier müßte das weitere beachtet werden. In die Kommission, welche die Sozialisten zum General-Kaufmanns-Kartell treffen hat, werden die Genossen Heiler, Trautwein, Hundt und Jülich gewählt. Die Kartellisten für diejenigen Genossen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, sind beim General-Bund zu haben. Ein zweifelsfrei bezüglich der Abklärung des Zusammenhanges zwischen dem Kartell und der Kartellabstimmung, welche die Sozialisten zum General-Kaufmanns-Kartell treffen hat, werden die Genossen Heiler, Trautwein, Hundt und Jülich gewählt. Die Kartellisten für diejenigen Genossen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, sind beim General-Bund zu haben. Ein zweifelsfrei bezüglich der Abklärung des Zusammenhanges zwischen dem Kartell und der Kartellabstimmung, welche die Sozialisten zum General-Kaufmanns-Kartell treffen hat, werden die Genossen Heiler, Trautwein, Hundt und Jülich gewählt. Die Kartellisten für diejenigen Genossen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, sind beim General-Bund zu haben.

Wichtig. Die Arbeiter der Schenken beging am Sonntag früh der Arbeiter Schlegel von hier, während des Schenken und Lapidaria wurde der Vorkaufswerte, auf den Gleis liegend, mit geschmorten Kopf angefahren. Näheres konnte nicht ermittelt werden.

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.

Roman von Jonas Lie.

Madrigal, verb.

11. Auf der Bank neben dem Rauchzimmer lag der Braumantel — unverbunden — herum wie ein indisches Gewandbild.

„Sie reiten nach Venare?“, wandte der Fotograf sich plötzlich an ihn.

Der andere nickte.

„Und Sie waren voriges Jahr auch dort?“

„Überalliges Nicken.“

„Um — Sie beschäftigen wohl eine Reise um die Erde zu machen?“

„Um — es ist nun das siebente Mal.“

„So — um —“

„Mathias Wigg blieb gebanewillt den Tafeltraub von sich.“

„Es man in auch eine Art sein, sich die Zeit zu vertreiben?“

„Aber — es ist keine Art — keine Art zu leben — es ist eine Art unvollständig zu sein.“

Der Braune lag da und starrte nachdenklich vor sich hin.

„Man trinkt seinen Morgenkaffee, läßt sich rasieren, nimmt das Frühstück und das Dinner ein, ruht sich aus und geht spazieren, bis man den Tag zu Ende gebracht hat.“

„Man muß nur eine einzige Stunde auf diese Weise — mit der Uhr in der Hand — losgehen können! Und zu wissen, daß man vierzehn, fünfzehn solche Stunden hat, bis man endlich soweit ist, den Rest des Tages verdrücken zu können!“

„Aber Sie selbst die Zeit zum Wachen bei die Uhr und unter fort währendem aus Gaten und Wintel auf die Möglichkeit hin, sich zu erheben!“

„Aber so gehen Sie doch an Land, Mensch! Warten Sie für eine Wohnung oder laufen Sie sich ein Haus, da Sie doch die Mittel dazu haben!“

„Was würde das helfen? Das läßt sich doch nicht aus dem einzigen Kreislauf heraus! Es sind dieselben vierundzwanzig Stunden an Land wie an Bord! Nur eine andere Art!“

„Mathias machte eine bezeichnende Bewegung mit der Hand über die Stirnfläche hin.“

„Nur über Wort werden, meinen Sie? Ja, glauben Sie denn, ich hätte das nicht überlegt?“

„Erwiderte der andere mit melancholischem Hoffentlichkeit. „Das war in eigentlich der Grund, weshalb ich reiste. Ich glaube, ich hätte das ganze Werk in dieser, wenn ich dieses Dasein von mir vertrieben wollte!“

„Nun — und?“

„Mathias hatte selbst oft genug an diesem Vorwand gefastet. „Es treute ich, den Fisch sappen zu lassen.“

„Ob — ich bin davon abgesehen — ganz davon abge-

kommen. Es ist da so vieles, was die Nerven abtötet. Nur zum Beispiel eine Vorstellung wie die, daß man unter die Schaufeln der Propeller geraten und zerhackt und halb zerhackt im Mehlwasser aufliegen könnte. Oder daß einem ein Rettungsboot zugetrieben würde, und daß man nun da in der Unklarheit im Wasser liegt und eine letzte Woge mitnehmen und Tod treffen sollte! Ich habe das alles überlegt und lüchelt auf einer Reihe transatlantischer Linien. Aber seit ich die Höhenfluten des Pals gesehen habe, bin ich davon abgesehen.“

„Da stehen Sie also lieber an Bord!“

„Aber dieselbe Grundgedanke“, fuhr der Braune fort, ohne das Dahn zu beachten, „steht und lebt in jedem Menschen, dessen Tag in Nacht verwandelt ist — der die ästhetischen im Blick hat und alles grau sieht! — Für den die Sonne ist wie eine gekämpfte Lampe und dem die Tage ineinander fließen — binwärts in die große Eismeer!“

„Mathias sah ihn plötzlich an.“

„Und Sie reiten jetzt nach Venare?“

„Ja — weshalb nicht? Man reist und darauf ist an diesem runden Globus, der sich Erklagen nennt. — Es ist wie das ganze Dasein im Ring seiner ewigen Wiederholung!“

„Und wir sind des Daisins Marzen!“

„Nur ich und Sie, die Hand wickelte und langsam davon rollte.“

Der erste Tag.

Im Vormittag war man in eine andere Windrichtung geraten, die es geschätzte, die Fahrt mit allen Segeln zu unternehmen.

Wieder war der Wellengang ziemlich lödend von seimwärts gekommen, jetzt wurde er leiser.

Die drei Matrosen und Bedienten wurden die schweren Lächer aufgezogen und abgelegt.

Das wimmelnde Leben, die Kommandobrute, der hastende Schwarm von Matrosen wirkten als Abwechslung. Das Auge hatte endlich etwas anderes zu sehen — den blauen Himmel mit seinen Göttern und Tieren und gewaltigen schwebenden Mächten, der hinterher sollte wie eine wilde, gierige Prandlung, die mit tausend stehenden Jungen fortwährend nach dem langgewölbten, rot-dachigen Schiff jähgelte, um immer wieder in den Abgrund der Schrauben gezogen, gesetzt und in ihm zerstückelt zu werden, ohne es jemals zu erreichen!

Der veränderte Kurs hatte manderlich im Geolge, von der Tafelrunde an, daß man in seiner Seite eine andere Lage einnahm oder die Wellen oben auf dem Kopf einer anderen Seite zu wirken sich zu verhoffung, daß man so und so viele Stunden früher ankommen konnte!

Nur zum — einer Veränderung!

Die manderliche Gelegenheiten zur Verzerrung wurden heute weniger beliebt.

Donner der Hefe im Käse auf dem Verdeck hatte nicht das gewohnte Publikum, dem er seine Grimassen und Sprünge und Birzelbewegungen vornehmen konnte.

„Solo war sehr eitel und insolent, heute, bei dem totalen Mangel an Annehmlichkeiten, in sehr schlechter Laune. Er hatte sich, müde dieser unangenehmen Zeit, in der Kabinette des Matrosen eingebettet und ritzte mit ab und zu witzig am Gitter.“

„Aber man kann nicht schlafen, heute und lachend, und ritzte mit ihrem Kompass, der natürlich mit Nüssen und Pfefferhand verpackt von Scherz gefüllt war.“

„Er verwechselte ihn mit einer Waise — und dann mit noch einer Heiden, wie sie sich bemitleidete, ihn zu sich zu laden.“

„Mergelich sah sie sich um. Glücklichweise war der Schwarm blickte weit weg — auf der anderen Seite des Decks.“

„Sie hatte noch, das war es, gesehen hatte, und sah er nur zum Schwin nach den Matrosen in der Tafelrunde sah. — Er hatte wohl von einem noch genug!“

„Er verwechselte Solo mit neuen Derrillisten.“

Die Vorhang, die sie ihm zurwarf, verstandete er allerdings nicht, er sah sie behende an, beschrieb sich aber immer wieder aufkommen und aus ihrer Hand zu lesen, gezeichnet.“

„Aber er sollte nachgeben — er sollte kommen und nehmen.“

„Solo wandte ihr einwinkeln schamlos seine wenig gelobte Seite zu. Seine Augen leuchteten glühend, während er feimarsch nach der Landschaft und mehr und mehr mit der Verdrückung kämpfte.“

„Wenig schwärzte und lachte mit ihm und sich einen wunderbaren großen roten Sonnen im verführerischen Licht des Tages.“

„Erstreckte sich eine nach anderer Kampf im Anmarsch des Tages.“

„Er sah sich, der bis zu unterirdischen, dumpfen Anstürzen wüßte. Und jetzt — nach einem letzten Hornen, fürchte er in wilden Jern nach dem Gitter und schleppte nach dem Vorhang.“

„Wann sich einen Schrei aus.“

„Das hier hatte sie in den Ärmern gefesselt und sie hielt das weiße Gitter unter lachtem Schreien in die Höhe.“

„Mit Wut schrie sie nach der Schwarmbarriere an ihrer Seite.“

„Er sah sie schreien, er sah sie.“

„Sie sah sich bestimmen konnte, hatte er ihre Hand ergriffen und lag das Blut aus.“

„Er betrachtete sich dann glühend.“

„Denn wußte er die Hand mehr und mehr und trachtete nach, — hierauf nahm er aus seiner Briefkiste die Briefe, — das — und geschick auf die Wunde legte.“

„Aber er sah sie über den Arm und führte sie sorglich zu den Eiern hin, wo er sie nach ihrer Erklärung des Vorkalles bemerkte, ein Glas Wein zu trinken.“

(Fortsetzung folgt.)

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Bittgen.
 Täglich, abends Anfang 8 1/4 Uhr:
„Die Herren von Maxim“.
 Operettenposse v. Julius Freund. Musik v. Viet. Holländer.

Geldnot
 ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am richtigen Fleck. Im Kaufhaus für Herren-Bekleidung, G. m. b. H., finden Sie zu bekannt billigen Preisen ein grosses Lager in neuen, vorliehen gewordenen und getragenen Paletots, Ulster, Anzügen, Hosens etc. Paletots Nr. 8, 12, 18 usw., Anzüge Nr. 10, 14, 20 usw. Frack- und Gesellschafts-Anzüge werden billigt verkauft. Halle a. S., Leipzigerstr. 11 2. g. Schmal.

Sozialdemokr. Verein, Merseburg.
 Donnerstag d. 18. Mai abds. 8 1/2 Uhr i. d. Kaiser-Wilhelm-Salle
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Fortführung des Vortrags über das Parteiprogramm. Ref.: Gen. Drescher. 2. Bericht vom 3. Quartal. 3. Bericht des Komitees. 4. Bericht des Bildungs- Ausschusses. 5. Vereinskassenrechnung.
 Abt.ung: Die Vorstandsmitglieder haben sich um 7 Uhr zu einer Sitzung einzufinden.
 Der Vorstand.

Gemeinschaftl. Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.
 Dienstag den 23. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Gute Quelle“:
Ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Rechnungsrevisoren.
 2. Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1910.
 3. Jahresbericht.
 4. Bericht über den Krankentassenkongress in Berlin.
 Die Vertreter werden zu recht zahlreichem Erscheinen ergebnis eingeladen.
 Merseburg, den 10. Mai 1911.
 Der Vorstand. Ziele, Vorsitzender.

Ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Rechnungsrevisoren.
 2. Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1910.
 3. Jahresbericht.
 4. Bericht über den Krankentassenkongress in Berlin.
 Die Vertreter werden zu recht zahlreichem Erscheinen ergebnis eingeladen.
 Merseburg, den 10. Mai 1911.
 Der Vorstand. Ziele, Vorsitzender.

DAMPE-MOLKEREI

 Vorzügliche, garantiert reinschmeckende **Natur-Spargel-Butter** 116 Pf. 1/2 Pfund, Stück 58 Pf.
Marke Kleeblatt 65 Pf. hochfeinste Molkerei-Butter, 1/2 Pfund, Stück
 Jede Garantie für Reinheit! Stets frische Ware!
F. H. Krause.

Sonder-Angebot in Extra-Preisen
: Schürzen :
 Miederschürzen mit Träger . . . 95 Pf.
 Blusenschürzen gestreift und türkisch 125
 Prinzessschürzen mit Blenden garniert 165
 Hausschürzen extraweit 95 Pf.
 Tändelschürzen mit Träger und Stickerei . . . 65 Pf.
 Tändelschürzen ohne Träger weiss und bunt 30 Pf.
 Mädchen-Schürzen Knaben-Schürzen in allen Grössen mit Borte u. Bildern
 enorm billig.
M. Schneider,
 Leipzigerstrasse 94. 5 % Rabatt,

Rucksäcke.
 Bei der Zusammenstellung unseres Sortiments haben wir jedem Wunsche Rechnung getragen.
 :: Sie finden eine Spezial-Ausstellung in unserer Passage ::
 Wir legen besonderen Wert auf wasserdichte leichte Stoffe u. gute Verarbeitung.
C. F. Ritter.

Sozialdem. Verein für Halle a. S. und den Saalkreis.
 Donnerstag den 18. Mai abends 8 1/2 Uhr im Volkspark, Burgstrasse:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Wahlpolitik und revolutionärer Klassenkampf. Referent: Redakteur Genosse Hennig = Halle a. S.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 Einen recht zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder erwartet
 Der Vorstand.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Achtung! Wolferode. Achtung!
Arbeiter-Radf. Verein „Frohen Mut“
 feiert Sonntag d. 21. Mai 1911, von nachm. 3 Uhr an, im Gasthof „Zur Linde“ sein diesjähriges **Stiftungsfest**, verbunden Kuriofahrten, Preiswettren, mit Aussegnen und Ball. Von mittags 1 Uhr: Empfang auswärtiger Vereine. Alle Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.
 Der Wirt. Der Vorstand.
Saale-Dampfschiffahrt.
 Morgen Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: **Extrafahrt nach Wettin** zur Begrüßung des neuen Dampfers „Horzog Wittkind“ mit **Konzert.** Anfahrtskarte an der Reifebahnbrücke. Ziel: 1625. Nachmittags **Karl Demmer** empfiehlt **Alle Parteischriften** die Volksbuchhandlung.

Apollo-Theater.
 Direktion: Gustav Poller.
 Gastspiel des Residenztheaters zu Weimar. Spielleitung: Hans Armin. Tägl. m. stürm. Lacherfolg:
Patent No. 999
 Franz. Schwanz in 3 Akten von Lafoc u. Flevelles.
 Anfang 8.15, Ende geg. 11.15. Geduld! Verlei!

1 Tropfen Geolin
 putzt blitz-blank jedes Metall u. Glas
 Chemische Fabrik Düsseldorf A.-G. Düsseldorf
 Vertreter für Halle und Umgegend:
 E. Herwien & Co., Halle. Fernsprecher 1367.

Möbel-Fabrik
 der Vereinigt. Tischlermeister, Kl. Steinstrasse 6, empfiehlt ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.
 Gebr. Kinderwagen u. ver-tanen. Dieselstr. 18, G. III.

Landesamtliche Nachrichten.
 Halle-Süd (Steinweg 2) 16. Mai. Aufgehoben: Telegraphenarb. Wenzel und Minna Stahl (Bart-strasse 19 u. Kallenmarkt). Wädr Bierau und Gertraud Herricht (Hofstrasse 11 u. 12). Schaufeur Paulus und Ernestine Häsel (Halle a. S. und Krugs-reuth). Schlossermeister Lehmann und Minna Schneider (Halle a. S. und Baboborn). Schlosser Wd-land u. E. Seebing (Halle a. S. und Tagewerben). Kleber Goerlich und J. Wänesahl (Halle a. S. und Taunowitz).
 Gera: Postboten Bredke (E. Büschdorferstr. 6). Arbeiter Hilbig (E. Hülberweg 21). Handelsmann Meyer a. Biberden (E. Klinik). Eisenbrecher Kemmer (E. Weinstraße 21). Maler Johannes Todt. (Glauchergasse 29). Eisenbrecher Secht (E. Herren-weg 2).
 Göttingen: Hofmeister Corie aus Lütgendorf, 36 J. (Klinik). Witwe Gerold geb. Neumann, 69 J. (Göthestr. 41). Briefschreiber Zorn aus Köthen, 33 J. (Klinik). Arbeiter Kunze, 49 J. (Suipje 9). Witwe Hüner geb. Bartels, 81 J. (Hendörferstr. 7). Arbeiter Hilbig, 6 J. (Halle Marktstr. 6). Gehilfen Oswald I., 9 Mon. (Streiberstr. 25). Witwe Wende geb. Hammer, 79 J. (Warrenstr. 26). Arbeiter Otto Christau, 30 geb. Richter, 27 J. (Unterplan 5). Witwe Meitens geb. Buchholz aus Göttingen, 68 J. (Klinik). Bergmann Fischer aus Ambsorf, 37 J. (Klinik). Kleider-meister Schumann a. Oberhörsch, 47 J. (Bergmannstr.). Chers-stein: Arbeiter aus Wansleben, 54 J. (Bergmannstr.). Handels-mann Meyer aus Biberden (E. 12 Str. (Klinik).
 Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 16. Mai. Aufgehoben: Former Funt und Lina Schäfers (Eisenstr. 30 u. Gr. Brunnenstr. 15). Arbeiter Nibel und Lydia Stein (Wdm. Bucherstr. 39 und Gr. Hofen-strasse 15). Gera: Diakon Rebeck (E. Karlstr. 16). Universitäts-Professor Dr. phil. Saran (E. Ulfstr. 9). Hausvater Haber (E. Ludwig Bucherstr. 11). Arbeiter Gerd (Eisenstr. 35). Tischler Siegfried (E. Gumboldtstr. 5). Former Vogel (E. Belfortstr. 1a).
 Gera: Kaufmann Bode aus Wansleben (Eisenstr. 35). Chemikers Josef Stefan Selene geb. Braune, 25 Jahre (Hofenweg 25).